

epd medien online

Herausgeber und Verlag: Gemeinschaftswerk der Evangelischen Publizistik (GEP) gGmbH,
Emil-von-Behring-Str. 3, 60439 Frankfurt am Main.

Geschäftsführer: Jörg Bollmann

Amtsgericht Frankfurt am Main HRB 49081

USt-ID-Nr. DE 114 235 916

Verlagsleiter: Frank Hinte.

Chefredakteur der epd-Zentralredaktion: Dr. Thomas Schiller.

epd medien: Dr. Volker Lilienthal (Verant. Redakteur, z.Zt. beurlaubt),

Diemut Roether (verantwortlich für diese Ausgabe), Michael Ridder.

Erscheinungsweise: zweimal wöchentlich. Bezugspreis Online-Abonnement monatl.: 53,20 €
(Studierende mtl. 47,80 €), Kombi-Abonnement epdmedien online und als Heft 95,40 €,
Printversion 61,- € (Preise jeweils incl. MWSt und Versand / Inland,
im Ausland excl. MWSt).

Verlag/Bestellservice (Adresse siehe oben unter GEP): Tel: 069/58098-209,

Fax: 069/58098-226, E-Mail: vertrieb@epd.de

Redaktion epd medien (Adresse siehe oben unter GEP): Tel: 069/58098-141,

Fax: 069/58098-261, E-Mail: medien@epd.de

© GEP, Frankfurt am Main

Alle Rechte vorbehalten. Die mit dem Abo-Vertrag erworbene Nutzungsgenehmigung für
epd medien online gilt nur für einen PC-Arbeitsplatz. epd medien darf nur mit Zustimmung
des Verlags weiterverwertet, gedruckt, gesendet oder elektronisch kopiert und weiterverbrei-
tet werden.

Anfragen richten Sie bitte an die epd-Verkaufsleitung (Adresse siehe oben unter GEP),

Tel: 069/58098-259, Fax: 069/ 58098-300, E-Mail: verkauf@epd.de

Haftungsausschluss:

Jede Haftung für technische Mängel oder Mängelfolgeschäden ist ausgeschlossen.

[hier geht's weiter >>>](#)

epd **medien**

Frankfurt am Main ■ www.epd.de

24. November 2007 **93****INHALT** **Direktor der Details**Zum 10. Todestag von Werner Höfer / *Von Volker Lilienthal* 3**Der lange Kampf ums Geld**Die frühen Jahre: Radio Bremen 1945 bis 1957 / *Von Peter von Rüden* 9**Inland**

Beck und Schächter: EU soll Vielfalt der Rundfunkangebote sichern 14

Ministerpräsident Carstensen will gute Privatprogramme fördern 15

Sommer fordert nationalen Konsens für digitalen Hörfunk 15

n-tv und N24 kritisieren personellen Ausbau von EinsExtra 16

Stadelmaier: Balance bei Regulierung von Internet-Spielen 17

Neue Unternehmensstruktur bei Spiegel-TV 17

Journalisten und Funktionäre kritisieren EU-Transparenzinitiative 18

Fischer und Beck fordern positive EU-Berichterstattung 19

Internetnutzer dürfen NDR-Filme auf eigenen Web-Seiten zeigen 19

Unity Media baut Pay-TV-Plattform ArenaSat weiter aus 20

MA HSH beansprucht zwei Geschäftsstellen für sich 20

Bericht: Dieter von Holtzbrinck bietet für Süddeutschen Verlag 21

Forscherin: Medien verbinden Islam zu oft mit Gewalt 21

Deutsche unter 24 nutzen lieber das Internet 21

LFK übernimmt Vorsitz der Landesmedienanstalten 22

Landesbischof Friedrich: Familien brauchen mehr Unterstützung 22

ARD-Zweiteiler „Contergan“ erhält Medienpreis Bambi 23

Ausland

Steinmeier: Fernsehen muss europäischer Kulturträger sein 25

Keine Telefonspiele mehr im niederländischen Fernsehen 25

Skandal um angebliche Absprachen zwischen RAI und Mediaset 26

Ruanda: Journalistin nach elf Jahren Haft freigesprochen 26

Nachrichtenagenturen gründen Netzwerk „Minds International“ 27

Kritik

„Solo für Schwarz“: „Tödliche Blicke“ von Martin Eigler, Sven Poser (ZDF) 28

„Unsere 60er Jahre“ von Michael Wulfes (ARD) 29

„Der Jude mit dem Hakenkreuz“ von Mathias Haentjes (WDR) 30

„Was vom Schtetl geblieben ist“ von Nagel / Fischer / Weintraub (Deutschlandfunk) 31

Deutschland sucht den Spiegelchef. Eine Castingshow

epd Nach dem Aus für Aust ist das Rätselraten an der Hamburger Brandstvierte groß. In so mancher Redaktion haben die Sektkorken geknallt, gleichzeitig geht die Sorge um, ob denn wirklich alles besser wird mit dem Nachfolger. „Bloß nicht noch so ein Autist“, sagt ein Wortspielverrückter. Indessen weiß das NDR-Medienmagazin „Zapp“ bereits, wer künftig die Geschicke des früheren Sturmgeschützes (das zuletzt eher einem quietschbunten Playmobil-Panzer glich) leiten soll: Uwe Vorkötter, der Chefredakteur der „Frankfurter Rundschau“.

Wir meinen: So einfach geht's nicht. Einfach mal Alfred Neven Du Mont öffentlich loben, sich danach von ihm zum FR-Chefredakteur machen lassen, sehr viele Leute von der Spree an den Main holen und das Blatt nur noch in halber Größe herausbringen – das reicht nicht, um ein zumindest auf dem Papier bedeutendes Nachrichtenmagazin zu führen. Um den „Spiegel“ als Sturmgeschütz der Demokratie wieder zu profilieren, braucht man ein demokratisches Auswahlverfahren. Was läge da näher, als eine Reality-Show im Fernsehen zu veranstalten, bei der die Zuschauer entscheiden! Wir haben ein paar Vorschläge.

Modell 1: Deutschland sucht den Spiegelchef. Der Klassiker auf RTL, neu aufgelegt, diesmal moderiert von Michel Friedman und Eva Herman. In der Jury sitzen neben dem unvermeidlichen Dieter Bohlen auch Hans Leyendecker, Helmut Kohl und Susanne Fröhlich. Die Kandidaten müssen nicht singen, sondern „Spiegel“-Titelbilder kreieren und Artikel-Exposés vorstellen. Aussichtsreichster Kandidat wäre Giovanni di Lorenzo, der von Fröhlich wegen seiner Schönheit und von Kohl wegen seiner politischen Geschmeidigkeit gelobt wird. Höchstens Bohlen könnte ausscheiden: „Du schreibst, als wenn du 'ne Klobürste im Arsch hättest.“ Für solche Sprüche müsste RTL dann wieder viel Geld an die Künstlersozialkasse überweisen.

Modell 2: Goldener Käfig. „Quälshow“ aus Holland, dort kürzlich eingestellt. Der umtriebige ARD-Programmdirektor Günter Struve erkennt die Chance und kauft von Endemol für viel Gebührengeld die

Lizenzrechte, dann wird unter WDR-Federführung jeden Abend live aus dem ehemaligen Kanzlerbungelow in Bonn gesendet. Die Kandidaten lassen sich einschließen und von Kameras und Mikrofonen beobachten; wer es am längsten aushält, kriegt den „Spiegel“-Chefredakteursjob. Im Laufe der Zeit nehmen die Aggressionen zu – Kratzen, Beißen und Treten sind an der Tagesordnung. „Bild“-Zeitung und „Medienexperte“ Jo Groebel skandalisieren die Show, am Ende gewinnt Johannes B. Kerner, weil der sich einfach für alles zur Verfügung stellt.

Modell 3: Die große Spender-Show. Fake-Format, ebenfalls aus Holland, bei dem ein Mensch ein Organ weitergibt. In diesem Fall würde Stefan Aust seinen Posten spenden und persönlich für das Nachrichtenorgan einen neuen Chef suchen, dazu würde einfach der Sendeplatz von „Spiegel TV Reportage“ auf Sat.1 umgewidmet (das bringt Extra-Punkte für Information bei der Medienkonzentrations-Berechnung!). Wie im holländischen Vorbild gibt es drei Kandidaten: SWR-Chefreporter Thomas Leif, „Focus“-Chefredakteur Helmut Markwort und WAZ-Chefredakteur Ulrich Reitz. Die Bewerber werden in Filmen und Gesprächen mit Kollegen und Angehörigen vorgestellt; die Zuschauer geben Aust per SMS Tipps.

Markwort, das ist frühzeitig zu erkennen, liegt in der Gunst des Publikums ganz hinten. Leif, der gewohnt professoral doziert, und Reitz, der sich als smarter Reinhold-Beckmann-Klon gibt, sind nahezu gleichauf. Nach 60 Minuten soll Aust den Gewinner bestimmen – er setzt aber zu einem spitzbübischen Lächeln an: „Alles Fake! Ich bleibe Chefredakteur!“ Die Aktion sollte nur darauf hinweisen, wie schwer es ist, einen adäquaten Journalisten für den Chefposten bei dem Hamburger Magazin zu gewinnen. Und viele „Spiegel“-Redakteure haben Stefan Aust plötzlich wieder ganz doll lieb.

rid

IMPRESSUM

Herausgeber und Verlag:
Gemeinschaftswerk der
Evang. Publizistik (GEP)
gGmbH in Frankfurt am Main.
GEP-Direktor: Jörg Bollmann
Verlagsleiter: Frank Hinte

Chefredakteur der epd-Zentralredaktion:
Dr. Thomas Schiller
epd medien: Dr. Volker Lilienthal
(Verantw. Redakteur, z.Zt. beurlaubt),
Diemut Roether (verantwortlich für
diese Ausgabe), Michael Ridder

Erscheinungsweise: zweimal
wöchentlich. Monatsabonnement:
61,- € inkl. MWSt, im Ausland
exkl. MWSt zuzüglich Versand.
Nachdruck nur mit Vertrag.
Druck: druckhaus köthen

Emil-von-Behring-Straße 3
Briefe: Postfach 50 05 50
60394 Frankfurt am Main
Telefon (069) 5 80 98-209
Telefax (069) 5 80 98-261
E-Mail: medien@epd.de
kundenservice@epd.de



Direktor der Details

Zum 10. Todestag von Werner Höfer / *Von Volker Lilienthal*

epd Köln, Mittwoch, 22. März 1967, 16.15 bis 18 Uhr: Im WDR trifft sich Programmdirektor Werner Höfer mit den verantwortlichen Redakteuren des Westdeutschen Fernsehens (wdf). Ein wichtiges Thema ist der Sport, wie einem überlieferten Protokoll dieser Sitzung zu entnehmen ist. Der WDR hat sich zu einem harten Kurs gegenüber dem Deutschen Fußballbund (DFB) entschlossen:

„Herr Erasmy hat der Sportredaktion gesagt, dass von sofort an keine Bundesligaspiele mehr gezeigt werden sollen bis zur endgültigen Klärung der Kostenfrage. Herr Höfer ist nicht bereit, etwas zu zahlen. Wenn der DFB uns nicht kostenfrei die Erlaubnis gibt, müssen wir auf Bundesligaspiele verzichten.“

Vierzig Jahre ist das her - und heute ein Ding der Unmöglichkeit. Nicht das Fernsehen verweigert die Zahlungen für Fußballübertragungen, sondern muss sich überlegen, ob es die verlangten Preise überhaupt noch aufbringen kann.

Politischer Moderator

Werner Höfer, der am 26. November 1997 im Alter von 84 Jahren gestorben ist, war ein eigenwilliger Kopf nicht nur in Sachen Fußball. Von seinem journalistischen Schaffen ist der „Internationale Frühschoppen“ in Erinnerung geblieben. Ab Januar 1952 moderierte er den „Frühschoppen“ - eine deutsche Institution - im Radio, ab 30. August 1953 dann auch im Fernsehen - und das mehr als 30 Jahre lang bis Ende 1987. Fast ohne Unterbrechungen entstanden so 1874 Sendungen. Ein Langstreckenlauf der politischen Moderation.

In Erinnerung geblieben ist aber auch ein dunkler, manche sagen: brauner Fleck in Höfers Berufsbiografie: ein Ende 1987 vom „Spiegel“ bekanntgemachter Artikel Höfers aus dem Jahre 1943 über den Pianisten Karlobert Kreiten, der vom NS-Regime hingerichtet worden war. Wegen der rechtfertigenden Tendenz dieses Artikels des damals 30-jährigen Höfer glaubte der „Spiegel“, ihn einen „Schreibtischtäter“ nennen zu können - wogegen sich der prominente WDR-Journalist gerichtlich zur Wehr setzte, jedoch letztlich erfolglos. Die öffentliche Empörung bewirkte immerhin, dass Höfer zum 22. Dezember 1987, also vor jetzt bald 20 Jahren, auf die Leitung des „Internationalen Frühschoppens“ verzichtete.

Weniger bis kaum bekannt ist Höfers Wirken als Rundfunkmanager. Er, der seine Laufbahn 1946 beim NWDR begonnen hatte, wurde 1964 Gründungsdirektor des Dritten Fernsehprogramms des WDR („Westdeutsches Fernsehen /wdf“), von Höfer anfangs als Angebot für „wechselnde qualifizierte Minderheiten“ mit hohen Bildungsanteilen konzipiert. Zuständiger WDR-Direktor dann auch für das Erste Fernsehprogramm wurde er 1972 - und damit verantwortlich für etwa 25 Prozent des ARD-Gemeinschaftsprogramms. 1975 bewarb er sich erfolglos um den Intendantenposten des WDR.

Direktorales Handeln in Rundfunkorganisationen lässt sich selten aktuell beobachten und beurteilen. Zu sehr findet das Argumentieren und Entscheiden hinter verschlossenen Türen statt und kommt nur dosiert, in Pressemitteilungen oder partiellen Indiskretionen, an die Öffentlichkeit. Auch die Medienkritik kühlt ihr Mütchen lieber in Form der Fernsehkritik an wehrlosen Regisseuren und Drehbuchautoren, die sie vor Publikum wegen langweiliger Fernsehfilme blamiert - anstatt kritisch die Amtsführung von Direktoren und Intendanten zu bilanzieren. Das hat noch immer Seltenheitswert, auch deshalb, weil in den oberen Etagen der Sender die Loyalität potenzieller Informanten zum Vorgesetzten eher zu- als abnimmt.

Bei Höfer kann nun, zumindest aus historischer Distanz, beobachtet werden, wie er als Direktor wirkte. Im Historischen Archiv des WDR sind Hunderte von Protokollseiten aus den sogenannten Dienstags- und Mittwochrunden sowie den regelmäßigen „Programmgesprächen“ überliefert (Bestand 6457). Der Zeitraum reicht von 1967 bis 1971 - mit einer Dokumentenlücke allerdings zwischen Mai und September 1971.

Kleine Streitigkeiten

Die thematische Spannweite dessen, was der Fernseh-Programmdirektor Höfer mit den Abteilungs- und Redaktionsleitern des wdf besprach, reichte von Kostenmanagement und Personalführung bis hin zu Programmkritik und auch politischer Lenkung. Teilnehmer der Chefrunde waren u.a. Kulturchef Hans-Geert Falkenberg und dessen Antipode Friedrich Wilhelm Räuher, damals Hauptabteilungsleiter für Wissenschaft und Erziehung und späterer NDR-Intendant (1980 bis 87), Sportchef Walter Erasmy, der Dokumentarfilm-Redakteur Peter Märthesheimer, Litera-

turredakteur Werner Koch, Wissenschaftsredakteur Alexander von Cube und andere.

Manchmal, jedoch selten scheinen auch kleine Streitereien innerhalb der ARD-Familie auf, so am 19.9.1967: „Aus ‚gegebener Veranlassung‘ bittet Herr Höfer, Verbindungen zum Süddeutschen Rundfunk Stuttgart auf ein Mindestmaß zu reduzieren, da es mit dieser Anstalt leicht Kontaktschwierigkeiten gebe.“ Zwischen den Organisationen setzt sich so eine Verstärkungsspirale in Gang: „Kontaktschwierigkeiten“ werden mit Kontaktsperre beantwortet.

„Alle Erklärungen aus dem Protokoll streichen“

Über die Details der Alltagsarbeit hinaus ging es in den Besprechungsrunden – so darf vermutet werden – immer wieder auch um die Justierung des wdf zwischen publizistischer Ambition einerseits und der Bedienung des Publikums andererseits. Genaues jedoch weiß man nicht: Ausweislich des Protokolls kam es beispielsweise am 29.8.67 zu einer ausgiebigen Grundsatzdiskussion über den Status der Dritten Programme, doch „zum Abschluss dieser Diskussion entschloss man sich, alle diese Erklärungen aus dem Protokoll zu streichen“ – weshalb sie auch nicht übermittelt sind.

Werner Höfer war ein liberaler Direktor, der bei allem Bemühen um politische Ausgewogenheit auch kritisch-Provokatives zuließ – da führen die hier erstmals ausgewerteten Quellen zu keinem anderen Bild als dem guten Image, das Höfer in der Erinnerung bereits genießt. Er war ein Direktor der Details, der vor allem sehr, sehr viel Programm auch wirklich gesehen hatte – was man heute ja nicht von jedem Direktor oder Intendant sagen kann. Höfer kümmerte sich auch um die Einzelheiten des Alltags. Aber seine Offenheit hatte doch Grenzen, erreicht zum Beispiel am 2.4.68: „Herr Höfer bittet alle Mitarbeiter dringend, etwaige Nerven Krisen nicht in umfangreiche Schriftstücke umzusetzen, die sich auf seinen Schreibtisch ergieBen.“

Kritischer Blick auf die Kosten

Auch wenn die bis zu 40 Jahre alten Protokolle eher aus den fetten Jahren des öffentlich-rechtlichen Rundfunks stammen – der Appell zur Sparsamkeit taucht immer wieder auf. Am 22.3.67 lässt sich Höfer eine Reise nach Prag ausführlich begründen, sein erster Eindruck: „Zu viel Tourismus und zu wenig Journalismus.“ Es war nicht das einzige Mal, dass er sich von der Notwendigkeit von Dienstreisen überzeugen wollte. Am 29.9.70 mahnte Höfer erneut, Dienstreisen sollten eingeschränkt werden. „Unser Reisekos-

tenaufwand sei auffallend ansteigend. Herr Höfer spricht die Befürchtung aus, dass wir alsbald einmal den Nachweis liefern müssen, über das Verhältnis von Reisekostenaufwand einerseits und Produktionskosten und Produktionsqualität andererseits.“ Im März 1971 zeigte dann eine erste Jahresbilanz, dass das wdf seinen Etat 1970 „wahrscheinlich“ um fünf Millionen D-Mark überzogen hatte.

Dabei hatte er doch schon am 13.2.68 protokollieren lassen: „Herr Höfer gibt den Herren Dr. Eickhoff und Dr. Falkenberg einen mahnenden Brief mit der Bitte, die Vorausschätzung von Produktionskosten bei ‚Bewilligungen‘ nicht zu vernachlässigen.“ Insbesondere Falkenberg, der 2003 verstorbene langjährige Kulturchef des wdf und späteren WDR Fernsehens (epd 24–25/03), war ein Mann primär der publizistischen Ambition, ein kompromissloser Intellektueller und beiliebe kein Sparhans. Beim Geld, das ihm als Hauptabteilungsleiter zur Verfügung stand, schöpfte Falkenberg aus dem Vollen, um das bestmögliche Programmresultat zu erreichen, gelegentliche Etatüberschreitungen wohl in Kauf nehmend. Wie überhaupt man das Verhältnis Höfer-Falkenberg als ein spannungsvoll-produktives beschreiben kann.

Wirtschaftliches Handeln galt schon damals auch im Verhältnis zu privaten Auftragsproduzenten als Gebot – ob die Regel auch eingehalten wurde, muss hier offenbleiben. Jedenfalls wurde am 12.9.67 eine neue Staffel der Reihe „Wer hat recht?“ Bertelsmann übertragen, Begründung u.a.: „Bertelsmann billiger als Bavaria“. (Schon 1967/68 war übrigens auch eine Firma namens „Stern TV“ aktiv und für den WDR tätig, wie den Protokollen vom 29.11.67 und vom 9.4.68 zu entnehmen ist.)

Fette Jahre für die Festangestellten

Mit den Zulieferungen Dritter ist das so eine Sache, wie ein Notat vom 12.7.67 zeigt: „Herr Höfer ist strikt dagegen, dass bei Industriefilmen, die Herr Porck von den Firmen kostenfrei erhält, erwähnt wird, dass wir den Film der Firma Soundso verdanken. Dagegen kann die Produktionsfirma genannt werden.“ Mittlerweile haben sich die ARD-Anstalten bekanntlich darauf verständigt, kostenfrei angelieferte Programmbeiträge Dritter gar nicht mehr auszustrahlen – wegen des damit verbundenen Risikos der infiltrierten PR und Werbung.

Auch die Gesamtpersonalentwicklung im Sender musste Direktor Höfer im Blick behalten. Eine Notiz vom 12.12.67 kündigt davon, dass der WDR seine Programmangebote erheblich ausgeweitet hat und für deren fortlaufende Erstellung zunehmend freie Mitar-

beiter braucht. Doch schon mehren sich Arbeitsgerichtsprozesse, in denen sich der WDR mit „Feststellungsklagen“ von Freien konfrontiert sieht. Der Direktor warnte: „Es müsse vor allem vermieden werden, freie Mitarbeiter an feste Arbeitszeiten zu binden, von ihnen also zu erwarten, dass sie beispielsweise um 9.00 Uhr morgens erreichbar seien.“ Die Strategie ist klar: Die Freien sollen keinen rechtlich verwertbaren Vorwand für ihre Klagen bekommen.

Aber auch die – offenbar reichlichen – Nebentätigkeiten von WDR-Redakteuren waren immer wieder ein Streitthema. Die dafür geltende Anmeldepflicht wurde von den Mitarbeitern offenbar nicht so ernst genommen – 18.11.69: „Aus gegebenem Anlass bittet Herr Höfer, in der rechtzeitigen Information der Programmdirektion über geplante Nebentätigkeiten (auch im Hause) bis zur Pedanterie korrekt zu sein.“

Fette Jahre waren es dennoch, vor allem für die Festangestellten, die als Redakteure, wenn sie zusätzlich moderierten, sogar extra bezahlt wurden. Eine Wohlstandsidylle der Rundumversorgung, die am 1.1.69 zu Ende gehen sollte, wie in der Runde beim Direktor am 9.7.68 angekündigt wurde: keine „Honorare“ mehr an festangestellte Moderatoren. „Wenn sie ohne Honorar nach dem 1. Januar 1969 weiter moderieren wollen, ist es gut; wenn nicht, muss auf ihre Mitwirkung verzichtet werden.“ Auch Künstler, die in Interviews nur auf ihre eigenen Werke hinweisen, sollen dafür keine Honorare mehr erhalten, entschied Höfer (28.1.69).

Ein Blick für die Bildschirmmenschen

Andererseits wurden am 1.4.69 verbesserte Honorare auch für die Freien in Aussicht gestellt. Mehr noch, Höfer teilt „vertraulich“ mit: „In Sonderfällen könnten Honorare, die zu niedrig scheinen, schon jetzt unauffällig angehoben werden, ohne dass diese Tatsache ausdrücklich erwähnt wird, weil der gegenwärtige Zeitpunkt mit dem Streit um die Gebührenerhöhung nicht geeignet ist.“ Am 13.5.69 wird hierzu noch mal formell vermerkt, „dass es zu einer generellen Honorarerhöhung kommt, sobald die Gebührenerhöhung in Kraft ist“.

Von so etwas können sich die schärfsten Kritiker des öffentlich-rechtlichen Rundfunks natürlich bestätigt fühlen: Ein Gebührenaufschlag wird schon wieder ausgegeben, bevor er überhaupt bewilligt ist.

Zu Höfers Qualitäten gehörte ein klarer Blick für die Bildschirmmenschen, die das Medium Fernsehen zu seiner Geltung braucht. Höfer fand, dass man schon bei der Personalauswahl „ganz strenge Maßstäbe“

anlegen müsse, hinsichtlich der „Telegenität“ des Moderators, aber auch seiner rhetorischen Fähigkeiten (10.5.67). Ihm fielen früh die echten Begabungen auf, deren Namen wir teilweise noch heute kennen, die anhaltendes Ansehen genießen oder die sogar heute – vierzig Jahre später – noch immer programmgestaltend aktiv sind.

Gert Monheim, der ab 1971 für den WDR als Reporter arbeitete, geriet als 25-jähriges Talent in das Blickfeld des Programmdirektors. „Der Beitrag ‚Alleinstehende Mütter‘ von Monheim war, da in der Thematik so heikel, ein ausgezeichnete Beitrag mit freimütigen, eindringlichen Aussagen. Herr Höfer kritisierte lediglich die nicht mehr ganz zeitgemäße Musikuntermahlung“ (6.10.71). Da würde er sich aber heute die Ohren reiben, wo doch keine noch so ernste Reportage oder Dokumentarfilme ohne stimmungsmulierende Klänge und Rhythmen mehr auskommen.

Über die Sendung „Sport-Extra“ wird am 29.3.71 vermerkt: „Debüt von Heribert Fassbender, der in der Diktion noch etwas unverkrampfter werden und die gerade bei Sportreportern schon fast stereotype Formel ‚Es dreht für Sie...‘ vermeiden sollte. Ansonsten wäre er für unser Programm ein beträchtlicher Gewinn“.

Mancher, *manche* wird kritisch bäugt, doch vermerkt Höfer wohlwollend, dass auch die Kollegin, die später die Reihe „Hundert Meisterwerke“ begründen sollte, zusehends besser wird: „Herr Höfer stellt fest, dass Fräulein Bonin besser war als in früheren Sendungen“ (31.3.67). Höfer galt ja als Bewunderer der Frauen, wenn nicht als ihr Förderer. Seit Monika Piel WDR-Intendantin ist, wird gerne kolportiert, sie habe schon für Höfer als Assistentin gearbeitet. Allerdings war Höfer doch auch der Mann seiner Zeit, und so ist den ProtokollantInnen der Direktorenstunden auch eine patriarchalische Herablassung wie diese vom 6.9.1968 nicht entgangen: „Herr Höfer weist noch einmal darauf hin, dass Frau Vossen nur dann als Sprecherin auftreten kann, wenn sie zu sehen ist (Reporterfunktion) und wenn der Gegenstand der Reportage so beschaffen ist, dass er eine Frau verträgt oder herausfordert.“

Es sprach der Katholik der späten 60er Jahre, wenn Höfer am 17.10.67 um Sittlichkeit auf dem Bildschirm bat: „Herr Höfer bittet alle Mitarbeiter, in Sendungen, die vor 21.00 Uhr ausgestrahlt werden, keine mehr oder minder nackten Mädchen auftreten zu lassen.“ Und es sprach der politische Patriarch, wenn er am 10.4.67 nach einem Beitrag über die amerikanische Folk- und Protestsängerin Judy Collins anordnete: „Herr Höfer bittet jedoch die zuständige Redaktion,

sparsam mit den Darbietungen protestsingender Damen umzugehen."

Wehe übrigens, man erregte massiv das Missfallen des Programmdirektors Höfer: „FÜR UND WIDER: Gerd Goch ist einer der langweiligsten Kommentatoren, die in unserem Programm vorkommen" (16.4.71). Oder am 18.1.67, da hatte er Anweisung gegeben, einen bestimmten Mitarbeiter nicht mehr weiterzubeschäftigen, da dieser „sich wichtiger nähme als seine Partner". Solche Ausbootungen finden sich mehrfach (7.6.67).

Der Direktor als Fernsehkritiker

Auch Höfers Programmkritik, seine Impressionen aus dem laufenden wdf-Angebot machten sich – außer an den politischen Inhalten – ganz stark an Personen und ihrer Wirkung auf dem Bildschirm fest: „Warum Herr Teege zwei Minuten während der Lesung auf dem Kopf stehend zu sehen war, ist Herrn Höfer unverstündlich" (10.4.67). Fünfzehn Tage später: „Herr Günther Ernst wird dringlichst ersucht, sein Sprechtempo und seinen Sprechstil dem Gegenstand anzupassen. Die Rasan, mit der er sich auf den Tod des sowjetischen Kosmonauten stürzte, war äußerst peinlich" (25.4.67).

Ein Redakteur damals hatte – Nachklang der Studentenbewegung – Klassenbewusstsein zu zeigen und wehe, er dünkte sich besser als die Kollegen von der Technik, dann setzte es was in der Tageskritik: „KRITIK-REPLIK: Abgesehen von dem eindrucksvollen Auftritt unseres Leiters vom Dienst Peter König, hatte unser Filmredakteur Wilfried Reichart insoweit das Thema verfehlt, als er nicht auf den Vorwurf einging, er habe sich als Redakteur von der Klasse der Kabelträger unangemessen distanziert" (13.4.70).

„An Feiertagen kräftige Schockeffekte"

Auch das zeitkritische Magazin „Monitor" und sein Protagonist Klaus Bednarz waren in Höfers Augen nicht nur Kollegen mit Narrenfreiheit. Am 27.11.69 erhält auch Bednarz eine direktorale Watsche, muss auf Veranlassung Höfers „unkorrekte" Interviewäußerungen eines DDR-Volkskammerabgeordneten richtigstellen. „Herr Höfer bedauert es, dass dieser Hinweis nicht auf eigene Initiative von Herrn Bednarz oder der Redaktion gebracht wurde, zumal er die Zusammenhänge genau zu kennen schien."

In seinen regelmäßigen Programmkritiken konnte Höfer auch loben, so am 31.10.67: Zufrieden vermerkt das Protokoll des „Dienstags-Treffens" eine „Qualitäts-Progression" bei der Sendung „Zum Tage". Zum

31.3.70 schrieb Höfer an seine leitenden Redakteure in einem Rückblick auf das Osterprogramm: „Es hat sich auch erneut das Verfahren bewährt, gerade an Feiertagen mit kräftigen Schockeffekten aufzuwarten." Unter weiteren „Bravourtaten" hob er ein „Kluge-Festival", eine „Diderot-Synopsis" und einen „Mao-Film" hervor. Allein diese Aufzählung zeigt, welch ein bildungsambitioniertes Programm das Dritte des WDR damals war, noch dazu mit Schockabsichten und mit Billigung des Direktors – *tempi passati*.

Eine durchaus ungewöhnliche, politisch-kulturelle Programmierung wurde auch am 31.10.67 vorbereitet. Das Protokoll berichtet, dass in Hamburg eine Lesung von 50 Brecht-Texten durch Therese Giehse aufgezeichnet worden war, als ein ungewöhnliches Programmangebot für Totensonntag: „Die von Herrn Schmidt gestellte Frage, ob wir den gleichen Mut beweisen wollten wie die Hamburger, indem wir die Sendung in ganzer Länge brächten, wird von Herrn Höfer mit Ja beantwortet."

Mit dem Kölner Karneval wollte das Fernsehen damals übrigens nicht direkt in Verbindung gebracht werden, machte lieber auf Offenen Kanal, so in diesem Vermerk vom 15.7.69: „Für die drei Karnevalstage im Februar 1970 (7., 8. und 9.) stellt das Westdeutsche Fernsehen seinen Kanal für karnevalistische Darbietungen zur Verfügung, ohne diese zu produzieren oder dafür redaktionell verantwortlich zu sein."

„Kritik – Replik"

Höfer definierte Relevanzschwellen, wenn er am 8.4.71 mahnte, bei der Auswahl von Filmthemen für „Hier und Heute" wählerischer zu sein und z.B. nicht jede Theaterpremiere mit der Aufmerksamkeit des Fernsehens zu bedenken: „Was aber weder im Gelingen noch im Misslingen interessant ist, sollten wir übersehen."

Dreharbeiten in Gottesdiensten beispielsweise waren damals noch keineswegs selbstverständlich, es galt, Grenzen zu beachten: „Herr Höfer findet, dass Menschen bei intimen religiösen Verrichtungen (Reichung des Abendmahls) nicht gezeigt werden sollen" (8.5.67). Auch diese Empfehlung gehört zu den Wegweisungen, die der Fernsehdirektor seinen Programmachern hin und wieder mit auf den Weg gab.

Seit seiner legendären Sendung „Glashaus" gilt ja der WDR als der Erfinder der Medienkritik im Fernsehen selbst. Doch gab es durchaus Vorläufer der heute aus der Mode geratenen Übung, Fernsehkritiker ins eigene Programm zu holen. „Kritik – Replik" und „Reflexe" hießen diese Reihen. Die Höfer-Protokolle zeigen

manchmal die Abwehr der Fernsehverantwortlichen auf diese Interventionen von außen, so am 16.11.70: „REFLEXE: Unser Gast-Kritiker erreichte diesmal einen Rekord an unzutreffenden Wahrnehmungen.“ Zufriedener schon zeigte sich Direktor Höfer, nachdem der angesehene Herbert Janssen, damals verantwortlicher Redakteur des Fachdienstes „Funkkorrespondenz“, in „Reflexe“ aufgetreten war: „Nach Herrn Höfers Auf-fassung hat Herbert Janssen sich auf einleuchtende Weise mit unserer Unterhaltungskonzeption ausei- nandergesetzt“ (13.4.71).

„Trivialstück mit Krampflösung“

In den Ausführungen zum gelaufenen Programm überwog aber doch die kritische Wertung des Gesehe- nen, wobei Höfer den Sinn für Ausgewogenheit auch hierin bewies. Ein Beispiel vom 21.11.69: „ZUM TAGE: Moderator Dieter Thoma an diesem Tage sehr unsi- cher; zudem hatte er das Gespräch mit Roshan Dhun- jibhoy nicht in der Hand. (...) FÜR UND WIDER: guter Kommentar von Reinhard Kleinmann mit dem Schön- heitsfehler, dass er von ‚Internas‘ sprach. (...) HIER UND HEUTE: Herr Höfer ist nicht gewillt, die selbstge- fällige Art von Abendredakteur H. D. Ebeler weiter durchgehen zu lassen; seine Eingangsmoderation war billiges Vorstadt-Theater (...). HIERZULANDE ‚Uni/ Audimax‘: guter Film über die Universität Bielefeld und interessantes Material über den VDS in Hamburg; Ivo Frenzel in dem Livegespräch mit Herrn Brügge- mann unsicher und unkonzentriert.“

Die kritische Aufmerksamkeit galt auch der gespro- chenen Sprache, so am 17.11.69: „Im Zusammenhang mit der Meldung vom Tode eines Schriftstellers wurde von einem ‚erfolgreichen Selbstmordversuch‘ gespro- chen.“ Höfer erwies sich als ein früher Kritiker der Schleichwerbung, wenn er am 5.11.68 nach einem „Hier und Heute“-Bericht über neu erschienene Bü- cher aus Anlass der Olympischen Spiele monierte: „Dieser Bericht kam einer Werbung nicht nur nahe, sondern war Werbung.“ Gar nicht glücklich war der Herr Direktor, wenn die WDR-Filmredaktion allzu krudes Zeug aus dem Ausland eingekauft hatte: „PRO- SZENIUM: Mit ‚L'auto rouge‘ war ein Tiefpunkt in der Reihe französischer Fernsehspiele erreicht: Trivialstück mit Krampflösung“ (25.3.70).

Höfer konnte als Programmkritiker gnadenlos und auch herablassend werden, so am 8.1.68: „Einer der Tiefpunkte unseres Programms überhaupt stellte die Mitternachts-Diskussion über Schizophrenie dar. Die Diskussionsleiterin, FrI. Mitscherlich, war ihrer Aufga- be nicht annähernd gewachsen.“ Tatsächlich handelte es sich um Margarete Mitscherlich-Nielsen, Ehefrau des berühmten Alexander Mitscherlich. Sie selbst,

damals 50 Jahre alt, also längst kein „Fräulein“ mehr, arbeitete am Frankfurter Sigmund-Freud-Institut. Das Gespräch sei ihr entglitten, kaum sei sie fähig gewe- sen, einen präzisen Gedanken zu fassen und noch dazu arrogant aufzutreten. Höfer mahnt, sich nicht auf scheinbare Reputation und Autorität Unbekannter zu verlassen, sondern besser fähige Diskussionsleiter aus den eigenen Reihen zu rekrutieren.

Politik I: Die Studentenbewegung

Das Westdeutsche Fernsehen war von Anfang an angelegt als eine kommunikative Membran, die die Wirklichkeit einer sich verändernden Gesellschaft ins Fernsehen holen wollte, durch die aber auch Anre- gungen der publizistischen Kultur in die Gesellschaft zurückdiffundieren sollten. Diese Offenheit führte u.a. dazu, dass das wdf sehr rasch auf den angefahrenen Zug der Studentenbewegung aufsprang: „Herr Höfer bittet Herrn Dr. Falkenberg und Herrn Märthesheimer, Überlegungen anzustellen, ob man nicht (...) ein Do- kumentarspiel über den in Paris studierenden 23- jährigen deutschen Soziologiestudenten Daniel Cohn- Bendit einem geeigneten Drehbuch-Autor in Auftrag geben solle“ (14.5.68). Bekanntlich fasziniert dieser Cohn-Bendit als eloquenter politischer Protagonist, als ewigjünger Revoluzzer die Fernsehmacher noch heute.

Doch es blieb nicht bei Studentenführern als Objekten der Berichterstattung – die sollten selbst programm- gestaltend tätig werden. Am 27.11.68 definierte Höfer dafür allerdings Grenzen: „Für die Sendung AUDIMAX macht Herr Höfer folgende Auflagen: Themen, Inhalte und Mitwirkende kommen von den Studenten. Die Behandlung der Themen muss so sein, dass Sitte und Gesetz nicht verletzt werden. Die Bedingungen, die für unser Medium insgesamt gelten, können für diese Sendung nicht außer Kraft gesetzt werden. Herr Porck wird gebeten, bei jeder Information, bei jedem Kom- mentar, bei jeder polemischen Äußerung die Verfasser dringlich zu befragen, ob die Fakten stimmen.“

Ein bisschen Revolution im Fernsehen durfte sein. Am 26.10.1968 sollte die Verleihung des Georg-Büchner- Preises an Golo Mann übertragen werden. Der WDR spekulierte auf telegenen Rabatz: „Sollte die Preisver- leihung, deren Ende auf 18.00 Uhr angesetzt ist, sich in Studentenprotesten oder ähnlichen spektakulären Ereignissen fortsetzen, wollen wir die Veranstaltung über die 18.00 Uhr-Zeit übertragen“ (8.10.68).

Allerdings kennt die Toleranz des Fernsehens ihre Konjunkturen, und dazu gehört, dass Moden irgend- wann auslaufen. Ein Zeichen dafür findet sich in den Höfer-Protokollen am 6.4.1970. Die Reihe „Ende of-

fen" hatte sich dem „Reformzirkus“ im studentenbewegten Deutschland gewidmet und „Herr Höfer nennt es einen Glücksfall, dass er sich geweigert hat, die problematische Sendung vorher anzusehen; er hätte die Ausstrahlung sonst verhindert (...). Herr Höfer empfiehlt seinen Mitarbeitern, (...) gewisse Progressivisten nicht so wichtig zu nehmen, wie sie genommen werden wollen.“

Distanz zu den Kommunisten

Nicht gegolten hat die politische Offenheit ohnehin für Kommunisten, die damals, zumal im Ruhrgebiet, noch recht aktiv waren und von denen einige auch im WDR Programmplätze hatten erobern können. Das damalige DKP-Mitglied Dieter Süverkrüp, ein Maler und Liedermacher, gehörte dazu. Ein Anti-Schah-Beitrag in seiner Sendung „Süverkrüps Laube“ hatte 1967 Ärger gemacht und Höfer zog daraus die Lehre, in Zukunft solle nicht erst bei der Abnahme der Sendung die „Alarmglocke“ schellen, sondern „anfechtbare Stellen rechtzeitig eliminiert werden“ (26.9.67).

Gegen Ende desselben Jahres erregte auch ein Film von Feiern der KPD in NRW aus Anlass des 50. Jahrestag der sowjetischen Oktoberrevolution Anstoß - und Höfer lässt sich den Film „im Carlton“ (einem ehemaligen Hotel und WDR-Gebäude) nachträglich noch einmal vorführen (5.12.67). Die Kommunisten wurden aus dem Spektrum der Berichterstattung nicht restlos ausgeschlossen, aber doch mit äußerst spitzen Fingern angefasst, so am 1.4.69: „Herr Höfer empfiehlt, über den demnächst in Essen stattfindenden Parteitag der KPD in den aktuellen Sendungen genauso distanziert und vorsichtig zu berichten wie über ähnliche Veranstaltungen der NPD und anderer ‚Sonderbündler‘.“

Anfang der 70er Jahre kam es im Zuge des Ostwest-Tauwetters und der Brandt'schen Entspannungspolitik zu ersten Übernahmen aus dem DDR-Fernsehen. Gezeigt wurde z.B. eine Ostberliner Inszenierung von „Nathan der Weise“, begleitet offenbar von der Interpretation von Hans Mayer (der aus Leipzig stammende Literaturwissenschaftler lebte damals schon im Westen). Hinterher gab es zwischen Höfer und den verantwortlichen Redakteuren Streit, den der Direktor als „überflüssig“ bedauerte, „weil die Nathan-Untersuchung von Hans Mayer inhaltlich und formal so dürftig war, dass jeder Schnitt nicht nur kein Sakrileg, sondern Gewinn gewesen sein muss“. Und auch der Ostberliner „Nathan“ hatte Höfer nicht gefallen: schlechte Farbqualität und künstlerisch „bestenfalls Provinz-Niveau“ (13.4.71).

Das Westdeutsche Fernsehen, diese publizistische Membran hin zu Studentenbewegung und „Kulturre-

volution“, sah sich in der Landespolitik zunehmend Vorwürfen von „Rotfunk“ und „Linksdrall“ ausgesetzt. Der Sender reagiert darauf nach außen mit Dementis und nach innen mit zunehmenden Anweisungen, Einseitigkeiten möglichst zu vermeiden. Was sich so, gerade auch in den Besprechungen bei Direktor Höfer, ausformulierte, war das neue Ideal der „Ausgewogenheit“.

Am 19.12.67 wurde beispielsweise dazu aufgefordert, den damaligen Bundespräsidenten Heinrich Lübke zu achten: „Herr Höfer weist auf eine Weisung des Intendanten hin, nach der Herr Lübke als Staatsoberhaupt aus der kabarettistischen Schusslinie zu nehmen sei. Es dürfen keine Späße gemacht werden über seine Unfähigkeit, frei zu reden, über andere Gebrechen und über seine sauerländische Herkunft. Man könne nur angreifbare Äußerungen oder Anweisungen von ihm kritisieren.“

Es war aber nicht nur der Intendant Klaus von Bismarck, der solche Weisungen gab. Auch Höfer als Liberaler war mit manchen „linken“ Beiträgen im Programm nicht einverstanden. Manchmal wurde er auch beckmesserisch und nahm Anstoß noch am kleinsten Beitrag, so am 27.12.71 anlässlich des Kulturmagazins „Spectrum“: „Herr Höfer bat um Prüfung, wer den Beitrag ‚Martin Luther und Thomas Münzer oder die Einführung der Buchführung - ein Stück, ein Erfolg, ein Skandal‘ abgenommen hat, da er sich mit der Schlusspassage des Films, in der Zahlen über die Besitzverhältnisse in Deutschland bekanntgegeben werden, nicht einverstanden erklären kann; er betrachtet diese Angaben keineswegs als Information, sondern als Agitation.“

Dieter Fortes Theaterstück über Luther und Münzer hatte 1971 in Basel Premiere gehabt, das WDR-Kulturmagazin griff das politische und kirchenkritische Stück auf. Höfer hatte sein Missfallen deutlich zum Ausdruck gebracht (was nicht hinderte, dass Forte den Stoff 1983 noch mal für den SWR zu einem Hörspiel umarbeitete).

„Heikle Dinge“

Schon zu Jahresanfang 1968 wird erste Vorsicht im Umgang mit dem politischen Umbruch spürbar: „Herr Höfer wiederholt seine Bitte, rechtzeitig über geplante Produktionen informiert zu werden, die heikle Dinge berühren. Dies betrifft auch Vorhaben, die sich besonders kritisch mit Personen oder Einrichtungen befassen“ (30.1.68). Engagiert vorgetragene Gesellschaftskritik, und da hatte der Direktor natürlich recht, konnte und kann sich falsche oder ungefähre Sachbehauptungen nicht leisten; sonst wird sie an-

greifbar. „Aus gegebenem Anlass bittet Herr Höfer alle Mitarbeiter, vor allem die der aktuellen Abteilungen, darauf zu achten, dass bei berichtenden oder kommentierenden Beiträgen die Fakten umso solider gesichert werden müssen, je entschiedener in Engagement oder Polemik der jeweilige Beitrag ist. Man soll die Probleme zwar nicht mit behutsamer Ängstlichkeit angehen, doch soll nicht nachgeholfen werden“ (28.5.68).

Die Mahnung zieht sich durch das Jahr: „Herr Höfer mahnt die Abteilungsleiter wieder einmal, auf Mitarbeiter einzuwirken, bei kritisch-polemisch-satirischer Beschäftigung mit Ereignissen und Personen die Fakten umso gründlicher abzusichern, je schärfer und je persönlicher der Beitrag ist“ (19.11.68).

Am 24.2.70 ergeht die Weisung: „Für KRITIK-REPLIK wird Herr Frenzel aus Anlass der letzten Sendung von AUDIMAX einen Beitrag über den angeblichen ‚Linksdrall‘ im Westdeutschen Fernsehen erarbeiten.“ Und noch deutlicher am 21.4.1970: „Bei unserer Programmplanung sollte ein zeitlich massierter Überhang an ‚linkem‘ Material vermieden werden, und bei der Auswahl sollten Qualitätsmaßstäbe nicht unberücksichtigt bleiben.“

Das WDR-Fernsehen sah sich damals übrigens nicht nur von „rechts“ zunehmender Kritik ausgesetzt, auch von „links“ setzten sich studentische Projektgruppen zunehmend mit dem Programm auseinander. Am 27.1.70 gibt Höfer „Kenntnis von dem Brief eines Konsortiums von Jung-Akademikern, die die Praxis der

Nachrichtenredaktionen beanstanden, bei der Vietnam-Berichterstattung in der Diktion Unterschiede zwischen gefallenen Amerikanern und gefallenen Vietkong zu machen. Obwohl diese Kritik vor allem der Tagesschau gilt, bittet Herr Höfer, in unseren Nachrichten und Berichten ebenfalls ‚Neutralität‘ in der Bezeichnung von Gefallenen beider Seiten zu wahren.“

Förderer von Talenten

Werner Höfer war ein engagierter Programmdirektor, den das Fernsehen wirklich interessierte. Managementaufgaben scheint er eher nebenbei, mit leichter Hand, erledigt zu haben. Sein Hauptaugenmerk galt den Menschen, die das Programm gestalten. Hier suchte er die, die er für talentiert und brauchbar hielt, zu fördern und andere zu bremsen.

Detailreich und genau in der Beobachtung waren auch seine regelmäßigen Programmbesprechungen. Allerdings drängt sich hier auch der Eindruck des Punktuellen auf. Höfer war offenbar kein Programmdirektor, der die großen Linien vorgab, sondern einer, der machen ließ.

Das komponierte Resultat, das Westdeutsche Fernsehen als fortlaufendes Angebot, hat sich insofern aus vielen Strömungen, aus direktoralen, redaktionellen und eben auch politischen, ergeben. Auch das Publikum musste längst nicht alles akzeptieren. Das Fernsehen als auktoriales Medium, als autoritärer Apparat – diese Zeit war mit 1968 endgültig vorbei. ■

Der lange Kampf ums Geld

Die frühen Jahre: Radio Bremen 1945 bis 1957 / Von Peter von Rügen

epd Die deutsche Rundfunklandschaft musste nach dem Zweiten Weltkrieg neu gestaltet werden: Zumindest in den westlichen Besatzungszonen waren nach dem Willen der Alliierten demokratische, nicht staats- und parteiabhängige Anstalten zu schaffen. Wie genau diese Anstalten aussehen und für welche Gebiete sie senden sollten, dazu hatten Amerikaner, Briten und Franzosen eigene Vorstellungen, die sie in ihren jeweiligen Besatzungszonen realisieren wollten.

Die Alliierten hatten sich auf der Konferenz von Jalta darauf verständigt, dass ganz Nordwestdeutschland britische Besatzungszone werden sollte. Als amerikanische Besatzungszone war Süddeutschland vorgese-

hen. Allerdings wünschten die Amerikaner zur Versorgung ihrer Truppen einen eigenen Hafen. So entstand im August 1945 in der großen britischen Besatzungszone die „Enklave Bremen“. Sie umfasste die Städte Bremen und Bremerhaven, die Landkreise Wesermünde, Wesermarsch und Osterholz-Scharmbeck. Also auch Gebiete, die nicht zum historischen Land Bremen gehört hatten.

Bereits nach vier Monaten wurde diese Enklave wieder aufgelöst und nur die Stadt Bremen und die zu Bremen gehörenden Häfen in Bremerhaven blieben unter amerikanischer Verwaltung. Die Trennung des Unterwesergebietes vom jeweiligen Hinterland hatte

sich bei zunächst undurchlässigen Zonengrenzen als problematisch erwiesen. Der Rückzug der Amerikaner aus dem Unterwesergebiet sollte sich in der Folgezeit als großes Problem bei der Finanzsicherung eines Bremer Rundfunksenders erweisen.

„Radio Bremen Neu“

epd Das neue Gebäude von Radio Bremen („Radio Bremen Neu“) wird am 26. November mit einem Festakt eröffnet. In dem neuen Funkhaus, dem Sender zufolge „das modernste Europas“, sollen die Redakteure trimedial arbeiten: für Hörfunk, Fernsehen und Internet. Davon verspricht sich der Sender eine „Steigerung der Effizienz und Effektivität“ und Einsparungen von 3,5 Millionen Euro pro Jahr. Die Ministerpräsidenten der Länder hatten 1999 beschlossen, den ARD-internen Finanzausgleich von damals 2,18 Prozent des ARD-Nettogebürenaufkommens bis 2006 schrittweise auf ein Prozent zu senken. Hierdurch sah sich Radio Bremen nach eigener Darstellung „vor die Herausforderung gestellt, binnen weniger Jahre mit einem um ein Drittel niedrigeren Jahresetat auszukommen“ (epd 01/06). Insgesamt kosteten der Neubau und die neue Technik nach Angaben des Senders 80 Millionen Euro. Ermöglicht wurde diese Investition durch die ARD-Strukturhilfe. Unser Autor Peter von Rüden erinnert in seinem Beitrag daran, dass Radio Bremen seit seiner Gründung durch die Amerikaner auf Finanzierung durch den NWDR, später aus dem ARD-Finanzausgleich angewiesen war. Von Rüden leitete von September 2000 bis Juli 2005 die Forschungsstelle zur Geschichte des Rundfunks in Norddeutschland.

Erste Überlegungen für einen eigenen Rundfunksender in Bremen gab es seit August 1945. Bremer Politiker, aber auch die amerikanischen Besatzungsoffiziere waren an einem Sender interessiert. Mit ihm wollte man Informationen an die Bevölkerung vermitteln und das planmäßige Laden der Schiffe in den bremischen Häfen verbessern. Sergeant Edward E. Harriman bezog bereits im Oktober 1945 eine beschlagnahmte Villa an der Schwachhauser Heerstraße 363, um darin einen Sender aufzubauen. Eine erste Versuchssendung lief am 20. November 1945.

Der offizielle Sendestart von Radio Bremen war am 23. Dezember 1945. Dies geschah gegen erhebliche Bedenken der britischen Militärregierung. Bei den amerikanischen Besatzungsoffizieren hatte sich dagegen die Auffassung durchgesetzt, dass eine eigene Station der US-amerikanischen Verwaltung in Bremen wünschenswert wäre. Die Briten verfolgten die Ent-

wicklung in Bremen sehr aufmerksam. Für ihre Besatzungszone hatten sie einen zentralen Sender nach dem Vorbild der British Broadcasting Corporation mit einem Hauptsitz in Hamburg, den Nordwestdeutschen Rundfunk, gegründet.

Die amerikanische Besatzungsmacht lehnte sich mit ihren Sendergründungen in München, Stuttgart, Frankfurt und Bremen eher an das föderale Modell des frühen Weimarer Rundfunks an. Mit der Gründung von Radio Bremen durch die amerikanische Besatzungsmacht war innerhalb des Sendegebietes des größten deutschen Nachkriegssenders, des NWDR, der kleinste entstanden. War er finanzierbar?

Verhandlungen

Amerikaner und Briten hatten sich darauf verständigt, einige zivile Behörden wie beispielsweise die Oberpostdirektionen in ganz Nordwestdeutschland der britischen Verwaltung zu unterstellen. Dies galt auch für die Oberpostdirektion Bremen. Ab 1. Juli 1945 zog die Oberpostdirektion Bremen wieder die monatlichen zwei Mark Rundfunkgebühren ein. Es stellte sich nun die Frage, welcher Anteil der Rundfunkgebühren dem amerikanischen Bremer Sender zur Verfügung gestellt werden sollte. Sollte es sich um die Gebühren aus der gesamten Enklave Bremen handeln, die bis zum 10. Dezember bestand – oder nur aus dem Kern des historischen Landes Bremen? Sollte zudem ein Anteil von der Post einbehalten werden?

Die britische Anweisung aus dem Oktober 1945 an die Reichspost war eindeutig: Zahlungen an die neue Anstalt Radio Bremen sollten zunächst nicht geleistet werden. Die Oberpostdirektion überwies das Gebührenaufkommen aus der Enklave Bremen nach Hamburg. Wenn überhaupt, sollte Radio Bremen aus dem Haushaltsplan des NWDR finanzielle Zuweisungen bekommen. Schätzte die britische Verwaltung die Kosten des Senders auf 100.000 Reichsmark im Monat, kalkulierte die amerikanische Militäradministration die Kosten auf 450.000 Reichsmark. Das Gebührenaufkommen aus Bremen und Bremerhaven lag bei etwa 180.000 Reichsmark.

Überschüsse aus Zeitungen

Die Verhandlungen zwischen der britischen und amerikanischen Militärverwaltung über die Regelung der Verteilung der Rundfunkgebühren zog sich weiter durch das Jahr 1945, ohne dass es zu einer Lösung kam, die Radio Bremen auf eine sichere finanzielle Grundlage stellte.

Um den Betrieb von Radio Bremen aufrechtzuerhalten, verwendete die amerikanische Militärregierung

Überschüsse aus der von den Amerikanern gegründeten Zeitschrift „Heute“ und der „Neuen Zeitung“. Selbst als sich im Mai 1947 die Alliierten darauf verständigten, dass alle Hörergebühren, soweit sie nicht bei der Post verblieben, an den NWDR abzuführen seien und dieser wiederum Radio Bremen den Betrag erstatte, der dem Hörergebührenaufkommen der zunächst größeren Enklave Bremens entsprach, konnte dies die Finanzierung des Senders nicht sicherstellen. Die 220.000 Reichsmark Einnahmen standen monatlichen Ausgaben von 400.000 Reichsmark gegenüber.

Der Bremer Senat, die amerikanische Militärregierung und die Leitung von Radio Bremen argumentierten nun mit der technischen Empfangbarkeit und Reichweite von Radio Bremen und beanspruchten die Rundfunkgebühren aus ganz Nordwestniedersachsen – eine Forderung, die weder bei den Briten noch beim NWDR in Hamburg durchzusetzen war.

NWDR-Generaldirektor Hugh Carleton Greene wies noch im August 1948 gegenüber dem Intendanten von Radio Bremen den Anspruch auf Gebühren außerhalb der Enklave Bremen und eine Ausweitung des Einzugsbereichs auf den gesamten Postbezirk Bremen mit dem Hinweis auf die ursprüngliche Einrichtung Radio Bremens als bloßes Verlautbarungsorgan der Militärverwaltung barsch zurück. Greene, in dieser Phase sowohl Generaldirektor des NWDR wie auch Vertreter auf britischer Seite bei den Verhandlungen mit den Amerikanern, bestritt die Existenzberechtigung von Radio Bremen grundsätzlich.

Eigenständige Sendeanstalt

Der kleine, auch im Bremer Umland und in großen Teilen Nordwestniedersachsens gut zu empfangende Sender Radio Bremen konnte allein durch seine Existenz das britische zentralistische Rundfunkmodell nach dem Vorbild der BBC in Schwierigkeiten bringen. Wenn sich im kleinen Bundesland Bremen ein eigener Sender behaupten könne, so die britische Argumentation, würden dann nicht auch die Länder im NWDR-Sendegebiet wie Nordrhein-Westfalen und Niedersachsen eine eigene Sendeanstalt fordern? Allerdings einen Trumpf hatte Radio Bremen: Die Versorgung des Unterwesergebietes mit dem NWDR-Programm aus Hamburg war technisch schlecht und es wurde hauptsächlich Radio Bremen gehört.

Das Ende von Radio Bremen schien im August des Jahres 1948 besiegelt zu sein: Die britische Militärverwaltung verwies in ihren Verhandlungen mit den Amerikanern auf die neuen Zuständigkeiten nach der Überführung des NWDR in eine deutsche öffentlich-rechtliche Körperschaft. Hier hätten nun die Gremien

des NWDR zu entscheiden – und nicht die britische Militärverwaltung. Die bisherige Absprache zwischen den Militärverwaltungen sei damit hinfällig. Der NWDR, so ein Beschluss seines Verwaltungsrats, sah „keine Notwendigkeit, dass in Bremen ein eigenes Programm läuft. Er ist nicht bereit, den Bremer Sender weiter zu subventionieren, ist jedoch damit einverstanden, die technischen Anlagen von Bremen zu übernehmen.“ Radio-Bremen-Intendant Geerdes reagierte in dieser Situation mit der vorsorglichen Kündigung von 83 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern zum 1. Oktober 1948.

Die amerikanische Position für eine eigenständige Sendeanstalt in Bremen wurde in den Gesprächen mit den Briten ständig erneuert und bekräftigt. Sie drängten den Bremer Senat auf Vorlage eines Rundfunkgesetzes, um Radio Bremen einen legalen deutschen Status zu verschaffen. Ein solches Gesetz verabschiedete die Bürgerschaft am 22. November 1948, ohne dass damit eine gesicherte Finanzgrundlage geschaffen worden wäre. Ende 1948 und Anfang 1949 stellte der NWDR für Radio Bremen zeitlich befristete Zuwendungen zum Ausgleich des Gebührenanteils aus der Bremer Enklave an die Post zur Verfügung, bestritt aber grundsätzlich einen Anspruch auf Mittel außerhalb des Gebührenaufkommens des Landes Bremen.

Schiedsgericht

Immerhin hatte der NWDR ein Interesse daran, die Sendeanlagen in Bremen zu übernehmen, um seine Versorgungslücke im Nordwesten Niedersachsens schließen zu können. Ein starker Verbündeter von Radio Bremen blieb weiterhin die US-amerikanische Militärverwaltung. Als mit einer amerikanischen Ermächtigungsurkunde das Radio-Bremen-Gesetz der Bremer Bürgerschaft in Kraft getreten war, verwies die Militärverwaltung darauf, „dass der Sinn der Übergabe von Radio Bremen in deutsche Hände verloren geht, wenn RB zu einer Zweigstelle von NWDR wird. Die Selbstständigkeit der Station dokumentiert sich in ihrem lokal ausgestatteten Programm und dessen Einheitlichkeit.“ Hier wird noch einmal das amerikanische Rundfunkkonzept von dezentralen, in Regionen verankerten Rundfunkanstalten im Gegensatz zum zentralen, überregionalen NWDR-Anstaltsmodell nach dem Vorbild der BBC formuliert.

Eine rechtliche Frage musste dringend geklärt werden, wenn die Existenz von Radio Bremen gesichert werden sollte: Galt die britisch-amerikanische Vereinbarung aus dem Mai 1947 noch? Hatte Radio Bremen einen Anspruch auf die Hörergebühren aus der ehemaligen Bremer Enklave, einschließlich der Landbrücke zwischen Bremen und Bremerhaven beiderseits

der Weser? Radio Bremen, der Bremer Senat und die Amerikaner bestanden auf diesem Abkommen.

Der NWDR bezweifelte, ob dieses Abkommen noch gültig sei, da der NWDR das Funkmonopol und damit auch den Anspruch auf die Gebühren aus den Bundesländern seines Sendegebiets habe. Ein Gerichtsprozess sollte vermieden werden. Man einigte sich auf die Einrichtung eines Schiedsgerichts, dessen Vorsitzender war Hans Bredow, in der Weimarer Zeit Staatssekretär für Rundfunkfragen im Reichspostministerium. Die Schiedskommission kam zu dem Ergebnis, dass die Rechtsposition des NWDR richtig sei. Radio Bremen könne aus dem Abkommen der amerikanischen und britischen Militärregierung keinen Rechtsanspruch auf die in der früheren Enklave anfallenden Hörergebühren herleiten.

Allerdings ergänzte Bredow die Rechtsdarstellung mit einer dringenden Empfehlung: Der NWDR solle die gezahlten Beträge weiter an Radio Bremen abführen. Denn er, Bredow, sei der Auffassung, „dass eine andere Politik in Zukunft den Interessen des NWDR nicht zuträglich sein würde“. Der NWDR akzeptierte die rechtlichen Ausführungen des Schiedsspruchs.

Kündigungen

Die Empfehlung, weitere Ausgleichszahlungen an Radio Bremen zu überweisen, scheiterte zunächst am nordrhein-westfälischen Ministerpräsidenten Arnold, Mitglied des Hauptausschusses des NWDR, der auf den unzureichenden Ausbau des Kölner Funkhauses hinwies und meinte, dass in dieser Situation Zahlungen an Radio Bremen nicht zu verantworten seien. So kündigte Geerdes im Januar 1951 weiteren 60 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern von Radio Bremen. Seit der Währungsreform hatte sich das Personal des Senders bereits von 370 auf 225 verringert.

Nun versuchten Bremens Bürgermeister Kaisen und Radio-Bremen-Intendant Geerdes mit vertraulichen und öffentlichen Initiativen Radio Bremen zu retten, bestehende Bündnispartner zu mobilisieren und neue Allianzen aufzubauen.

Beim amerikanischen Hochkommissar hatten sie Erfolg. Er setzte noch einmal ein deutliches Signal der Unterstützung für Radio Bremen mit einer einmaligen Zahlung von 1.176.450 Mark. Offiziell wurde diese Zahlung nachträglich als „Spende des amerikanischen Volkes“ deklariert, das den Bremern ein neues Funkhaus stiftete. Bei der Übernahme des neuen Funkhauses im Juli 1950 war die amerikanische Spende keineswegs sicher. Der Bau sollte aus den Einnahmen aus dem Werbefunk finanziert werden. Die im Haushalts-

plan eingestellten Mittel wurden durch die amerikanische Spende für andere Ausgaben frei.

Die Zuwendungen der Amerikaner lagen auch deutlich über den tatsächlichen Funkhauskosten von 750.000 Mark. Radio Bremen nutzte die großzügige finanzielle Zuwendung des amerikanischen Hochkommissars, um seine technischen Anlagen zu modernisieren und die Reichweite seiner Mittelwellenfrequenz durch Erhöhung der Senderleistung beträchtlich zu erweitern. Einem so starken Sender – so die Bremer Überlegung – kann der NWDR das Recht nicht bestreiten, die Teilnehmergebühren aus einem größeren Umkreis als bisher zu erhalten.

In Bremen suchte man aber auch nach einer anderen, neuen Geldquelle – dem Finanzausgleich. Als es bereits Anfang 1949 erste Überlegungen für einen Finanzausgleich unter den Ländern der britischen und amerikanischen Besatzungszone gab, stellte sich heraus, dass Bremen bei diesen Überlegungen ein Geberland mit Transfers von 24,32 Millionen Mark und Niedersachsen ein Nehmerland mit einem Zuschuss von 27,94 Millionen Mark werden sollte. Radio-Bremen-Intendant Geerdes folgerte, dass es nicht nur einen Finanzausgleich zwischen den Bundesländern geben könne, sondern auch zwischen den Sendern geben müsse.

Notwehrrecht

Kaisen erneuert diese Forderungen 1951 in einem Schreiben an NWDR-Generaldirektor Adolf Grimme: Bremen gedenke von seinem Notwehrrecht Gebrauch zu machen, wenn es zu keiner Lösung der Finanzierung des Bremer Senders komme. Er verknüpfte die Zuschüsse an Radio Bremen mit dem Finanzausgleich unter den Bundesländern. Kaisen an Grimme: „Letzten Endes würde der Weg bleiben, Abzüge von den Zuschüssen aus dem Finanzausgleich an Schleswig-Holstein zu machen.“

Auch die 1950 in Bremen gegründete ARD beschäftigte sich mit der desolaten Finanzlage des kleinen Bremer Senders. Auf einer Sitzung im Februar 1951 appellierte der ARD-Vorsitzende und Intendant des Bayerischen Rundfunks von Scholtz an den NWDR, den Fortbestand von Radio Bremen möglichst durch zusätzliche Transferzahlungen zu sichern.

Für diesen Appell gab es gute medienpolitische Gründe, beschäftigte sich doch die Bundesregierung mit eigenen Rundfunkplänen – Arbeiten an einem Bundesrundfunkgesetz hatten begonnen. Die westdeutschen Nachkriegsanstalten sahen durch diese Planungen ihre Existenz in ihrer Gesamtheit bedroht und

wollten den Status quo sichern, um gemeinsam ihre Interessen nach außen vertreten zu können. Ein interner Streit und das Ende von Radio Bremen schien von Scholtz in dieser Situation nicht klug zu sein.

Politischer Druck

Unterstützung für den Bremer Sender kam aber auch von der Bundes-SPD. Der rundfunkpolitische Referent beim SPD-Bundesvorstand, Jürgen F. Warner, schrieb Anfang 1951 an alle Genossen im Hauptausschuss des NWDR mit Durchschrift an den „Genossen Kaisen“, dass es nicht im politischen Interesse der SPD sei, Radio Bremen zu schwächen oder die Existenz des Senders zu gefährden. „Eine Einstellung der Zahlungen an Bremen würde, gerade im gegenwärtigen Augenblick, in dem dem NWDR durch 700.000 neue Hörer erhebliche Mehreinnahmen erwachsen sind, in der Öffentlichkeit nicht verstanden werden.“

Bürgermeister Kaisen steigerte den politischen Druck: Wenn der NWDR die Zuschüsse an Radio Bremen nicht bereit sei zu zahlen, würde er nicht nur den Länderfinanzausgleich in Frage stellen, sondern darüber hinaus eine grundsätzliche Änderung der nach 1945 entstandenen Rundfunklandschaft und des Finanzierungssystems anstreben. Man müsse dann die Zuteilung des Gebührenaufkommens an die Rundfunkgesellschaften von den Wünschen der Rundfunkhörer abhängig machen.

Bundesinnenminister Lehrs Vermittlungsvorschlag, um den Radio Bremen wie auch der NWDR gebeten hatten, führte im März 1951 zu einem Beschluss im Hauptausschuss des NWDR, monatlich 60.000 Mark an Radio Bremen zu überweisen. Die Umsetzung dieses Beschlusses wurde aber zunächst wieder vom nordrhein-westfälischen Ministerpräsidenten Karl Arnold blockiert. Die Zahlung der Zuschüsse dürfe nur vorübergehend sein und es müsse „vorher vertraglich vereinbart“ werden, „dass mit dem 1. Januar 1952 Radio Bremen im Nordwestdeutschen Rundfunk aufgeht“.

Neue Verbündete

Bürgermeister Kaisen verhandelte nun direkt mit Nordrhein-Westfalens Ministerpräsident Arnold. Als in Düsseldorf der Beschluss für eine eigene nordrhein-westfälische Sendeanstalt intern gefallen ist, änderte Arnold seine Strategie, verbündete sich mit Kaisen und wurde nun zum Fürsprecher einer großzügigen Regelung zwischen NWDR und Radio Bremen: Wenn Bremen schon einen Anspruch auf einen eigenen Sender habe, so sei dies unbestreitbar auch das Recht des Landes Nordrhein-Westfalen. Ministerpräsident

Arnold drängte nun NWDR-Generaldirektor Grimme, mit Radio Bremen zu einer Lösung zu kommen.

Radio Bremen und der NWDR einigten sich in einem Abkommen, das im Dezember 1951 in Kraft tritt. Auch der NWDR änderte seine Strategie von einer Konfrontation zu dem Versuch einer langsamen Vereinnahmung von Radio Bremen durch Kooperation. Klaglos akzeptierte der NWDR die Radio-Bremen-Forderung von 125.000 Mark zusätzlichen Zahlungen. Die Funkhaus-Intendanten – so sah es das Abkommen vor – sollten in Zukunft die Gestaltung der Programme beider Rundfunkanstalten besprechen.

Eine Produktionsgemeinschaft NWDR/ Radio Bremen für die Landkreise Norden, Wittmund, Aurich, Leer, Friesland, Wilhemshaven, Ammerland, Oldenburg, Cloppenburg, Vechta, Diepholz, Hoya, Wesermarsch, Verden, Rothenburg, Osterholz, Bremervörde und Wesermünde wurde beschlossen. Modalitäten der Übernahme von Programmen durch den jeweils anderen Sender wurden ausgehandelt. Teile des NWDR-Programms sollten über die Mittelwellenfrequenzen von Radio Bremen, aber auch über die Bremer UKW-Welle verbreitet werden. Das Abkommen selbst hatte aber nur wenige praktische Konsequenzen, sieht man von den Gemeinschaftssendungen der beiden niederdeutschen Redaktionen in Hamburg und Bremen ab.

ARD-Finanzausgleich

Das Verhältnis zwischen Generaldirektor Adolf Grimme und dem Radio-Bremen-Intendanten Walter Geerdes blieb gespannt. Die grundsätzlichen Auffassungen beider Herren gerade zu medienpolitischen Fragen traten, sehr zum Ärger von Adolf Grimme, in ARD-Sitzungen mehrfach offen zu Tage.

Das Abkommen zwischen den beiden Anstalten war zumindest auch in seinem finanziellen Teil ab 1954 durch den neuen ARD-Finanzausgleich erledigt. Der NWDR und der Bayerische Rundfunk finanzierten nun anteilig die Zuschüsse an den Bremer Sender. Die modifizierte Vereinbarung zwischen Radio Bremen und dem NWDR aus dem Juli 1954 kündigte Adolf Grimme für den NWDR mit dem Hinweis, dass der gerade beschlossene Finanzausgleich der ARD-Anstalten Ende des Jahres 1955 auslaufen werde. Nach Trennung des NWDR in NDR und WDR müsse neu verhandelt werden. Grimme schlug Geerdes vor, doch dem Staatsvertrag über den NDR beizutreten; Radio Bremen solle im neuen Norddeutschen Rundfunk aufgehen.

Nach der Kündigung des Finanzausgleichsabkommens durch den NWDR kündigte auch der Bayerische Rund-

funk als zweite gebende ARD-Anstalt die Vereinbarung. Nun war die Existenz des Bremer Senders wieder einmal grundsätzlich in Frage gestellt. Für das Jahr 1956 waren als Übergangslösung Zahlungen durch NDR, WDR und BR in der bisherigen Höhe vorgesehen. Die Zuwendungen sollten ab 1957 ersatzlos entfallen. Die ARD betrachtete nun die Unterstützung von Radio Bremen als Aufgabe der neuen Anstalt NDR. Das Angebot des NDR war aber eine deutliche Verschlechterung. Es lautete: Jährlich 500.000 Mark für weitere fünf Jahre bei einer jährlichen Reduzierung um zehn Prozent, mit einer einmaligen Übergangszahlung in Höhe von 1,345 Millionen Mark. Zum Jahresende 1956 kündigte Radio Bremen einem Viertel seines Personals zum 1. April 1957 und beschloss, sein Orchester aufzulösen.

Zu Ende waren die unsicheren Jahre von Radio Bremen erst Ende des Jahres 1958 mit dem neuen Finanzausgleich innerhalb der ARD-Anstalten. Das neue Abkommen sollte die Integration des kleinen Saarlän-

dischen Rundfunks in die ARD ermöglichen. Auch der Sender Freies Berlin war auf Zahlungen aus dem Verbund angewiesen. Die Lösung für Radio Bremen sah vor, dass zu den Zuwendungen des NDR in den Jahren 1959, 1960 und 1961 jeweils eine weitere Million Mark an Radio Bremen aus dem ARD-Finanzausgleich zu transferieren war.

Der Konflikt zwischen den britischen und den amerikanischen Rundfunkkonzeptionen war vorläufig entschieden: Die Anstalten der ARD sollten weiterhin staats- und parteiunabhängig sein - wie es die Briten, aber auch die amerikanische Besatzungsmacht wollte -, aber das föderale Modell dezentraler, in den Ländern regional verankerter Anstalten hatte sich durchgesetzt. Aus der Solidarität der Bundesländer untereinander folgte der Länderfinanzausgleich, aus der Solidarität innerhalb des ARD-Systems der ARD-Finanzausgleich. Dieser sicherte die Existenz von Radio Bremen. ■

■ INLAND

Beck und Schächter: EU soll Vielfalt der Rundfunkangebote sichern

Beck kritisiert Kurs der EU bei Frequenzen – 12. Mainzer Mediendisput

Mainz (epd). Der SPD-Vorsitzende Kurt Beck und ZDF-Intendant Markus Schächter haben die Europäische Kommission aufgefordert, bei der europäischen Regulierung der Rundfunkangebote zurückhaltend zu sein. „Wenn die europäische Frequenzpolitik eine rein ökonomische wäre, bin ich mir nicht sicher, ob das die Vielfalt der Angebote sichern würde“, sagte Beck am 22. November beim 12. Mainzer Mediendisput. Damit spielte er auf Pläne der EU an, bisher für den Rundfunk reservierte Frequenzen auch an andere Marktteilnehmer, etwa Mobilfunkunternehmen, zu vergeben (epd 91/07 und 42-43/07).

Zwar sei er für einen europäischen Rahmen in der Rundfunkpolitik, sagte Beck, dieser müsse aber „zum Bild passen“. Der aktuelle Kurs der EU gefährde seiner Ansicht nach vor allem kleine Anbieter. Die bestehende Vielfalt der Rundfunkangebote in Europa bezeichnete der rheinland-pfälzische Ministerpräsident, der der Rundfunkkommission der Länder vorsitzt, als „Reichtum für uns alle“.

Beck plädierte für sogenannte Must-Carry-Regelungen, die dafür sorgen würden, dass ausgewählte Sender in jedem Fall eine Frequenz bekommen. „Bei den Medien ist nicht alles unter den Marktregeln zu subsumieren. Sonst bekommen wir einen medialen Einheitsbrei“, warnte Beck. Der SPD-Politiker sagte allerdings auch, er sehe den Spagat zwischen der Sicherung der Vielfalt und „der Gefahr, ausgerechnet in der Medienpolitik wieder zurück in die Kleinstaaterei zu fallen“.

ZDF-Intendant Schächter wies darauf hin, dass der komplizierte, teils abstrakte politische Prozess in Europa Bilder brauche, um die Menschen zu erreichen. Rund 95 Prozent der Europaberichterstattung entfielen auf die Informationssendungen des öffentlich-rechtlichen Fernsehens. „Wir wollen weiter in das Kraftwerk Europa investieren und hoffen, dass man uns auch lässt“, sagte der Intendant.

Bei allem Wunsch nach Präsenz in den Medien sei die EU-Kommission aber gleichzeitig der schärfste Gegner eines öffentlich-rechtlichen Rundfunks, „wie wir ihn uns vorstellen“, sagte Schächter. Die Pläne der EU zur Vergabe der Rundfunkfrequenzen seien eine Bedrohung. Schächter kündigte an, gemeinsam mit der ARD in Brüssel die Interessen der gebührenfinanzierten Sender transportieren zu wollen. Konkrete Ausführung dazu machte er nicht. dan

Ministerpräsident Carstensen will gute Privatprogramme fördern

Mediatage Nord – Weiter Kritik an Online-Aktivitäten von ARD und ZDF

Kiel (epd). **Schleswig-Holsteins Ministerpräsident Peter Harry Carstensen (CDU) hat dafür plädiert, qualitativ gute Privatprogramme staatlich zu fördern. Dies könne durch Preise oder Vorteile bei der Kanalbelegung geschehen, sagte Carstensen am 21. November bei den Mediatagen Nord in Kiel. Direkte finanzielle Zuschüsse durch den Staat schloss er jedoch aus. Grundsätzlich sollten sich Ministerpräsidenten bei Urteilen über die Programmqualität zurückhalten. Sie könnten sich damit leicht übernehmen, sagte Carstensen.**

RTL-Geschäftsführerin Anke Schäferkordt kritisierte die zunehmenden Online-Aktivitäten von ARD und ZDF. So würden Chats, Kontaktbörsen und über 200 Internetspiele mit Rundfunkgebühren finanziert. Carstensen hielt ARD und ZDF vor, dass sie ihren Online-Etat um 20 Prozent überschritten hätten und ihrer Selbstverpflichtung nicht nachgekommen seien, die Online-Ausgaben auf 0,75 Prozent ihres Gesamtetats zu begrenzen. Damit würden sie eine Debatte über weitere Beschränkungen der Öffentlich-Rechtlichen provozieren. ZDF-Intendant Markus Schächter verwies auf höhere technische Kosten, die nicht vorhersehbar gewesen seien.

Die Rundfunkgebühren sollen nach Ansicht Carstensens künftig pro Haushalt erhoben werden. Wenn er im Wahlkampf kleine Radios verteile, müsse er die Empfänger umgehend vor den „Wegelagerern“ der GEZ warnen. Notwendig sei daher ein einfaches, unbürokratisches Verfahren. Derzeit gebe es eine mehrseitige Liste für die Gebührenbefreiung, die kaum jemand verstehen könne.

Schäferkordt begrüßte den von Schächter angekündigten „Public-Value-Text“ für neue digitale Angebote von ARD und ZDF. Danach wird in drei Schritten entschieden, ob ein neues Angebot dem Zuschauer einen Mehrwert bietet, mit dem Programmauftrag der öffentlich-rechtlichen Sender vereinbar und finanzierbar ist. Notwendig für den Erfolg des Tests sei jedoch, dass die Fernsehräte, die die Sender kontrollieren, unabhängig über den Medienmarkt informiert würden, sagte Schäferkordt weiter. Dies könne von Medieninstituten oder Landesmedienanstalten übernommen werden.

Der Ausbau von Nachrichten- und Dokumentationskanälen von ARD und ZDF treibe Privatsender wie n-

tv oder N24 in den Ruin, sagte Schäferkordt. Im Mittelpunkt der öffentlich-rechtlichen Hauptprogramme Das Erste und ZDF stehe Unterhaltung. Dagegen werde Kultur und Bildung in Spartenkanäle verbannt. Das ZDF, konterte Intendant Schächter, bringe an einem Abend mehr Information als RTL in einer ganzen Woche. *Inh*

Sommer fordert nationalen Konsens für digitalen Hörfunk

Diskussion über Radio-Kooperationen bei den Frankfurter Hörfunkgesprächen

Frankfurt a. M. (epd). **Nach Auffassung des stellvertretenden Vorsitzenden der ARD-Hörfunkkommission, Heinz-Dieter Sommer, muss es für den digitalen Hörfunk einen nationalen Konsens geben. „Wir brauchen sowohl private als auch öffentlich-rechtliche Sender als Partner, um die digitalen Frequenzen ab dem Jahr 2009 mit Inhalt zu füllen“, sagte Sommer am 21. November bei den Frankfurter Hörfunkgesprächen. Er verteidigte zugleich das Vorhaben der ARD, neue digitale Hörfunkkanäle zu den Themen Kinder, Wissen und Integration zu starten (epd 36/07).**

Eine „bundesweite Verbreitung“, wie sie die ARD mit den neuen Sendern anstrebe, sei von einer „nationalen Verbreitung“, wie sie dem Deutschlandradio zustehe, zu unterscheiden, sagte Sommer, der Hörfunkdirektor beim HR ist. Dem widersprach der Programmdirektor des Deutschlandradios, Günter Mächler. Die neuen digitalen Hörfunkangebote der ARD seien insofern zu begrüßen, als der Gesetzgeber nun klarstellen müsse, dass die Aufgabe zur Verbreitung eines nationalen Programmes „ausschließlich das Deutschlandradio“ habe, so Mächler.

Ethik darf nicht zu kurz kommen

Der Direktor der Hessischen Landesanstalt für privaten Rundfunk und neue Medien (LPR), Wolfgang Thaenert, gab zu bedenken, dass die ab 2009 verfügbaren neuen digitalen Frequenzen mit Inhalt gefüllt werden müssten. Er warnte vor ausländischen Finanzinvestoren und plädierte für einen fairen Wettbewerb zwischen öffentlich-rechtlichen und privaten Radiosendern. Auch die Landesmedienanstalten müssten bei den Verhandlungen eingebunden werden.

Bei den Hörfunkgesprächen diskutierten 70 Medienexperten über das Thema „Networks, Kooperationen, Koproduktionen“. Im Zentrum der Diskussion stand die

zunehmende Vernetzung einzelner Sender sowie der Einkauf von vorproduzierten Sendungen. Einig zeigten sich die Teilnehmer, dass dabei die Ethik nicht zu kurz kommen und etwa die Hörer mit technischen Mitteln nicht getäuscht werden dürften. Rolf Platho, Justiziar der Landeszentrale für Medien und Kommunikation Rheinland Pfalz (LMK), warnte insbesondere vor Themen-Placement. Unternehmen produzierten ganze Sendungen, die von Privatsendern in mehreren Bundesländern gesendet würden. Es sei daher für PR-Firmen attraktiv, Themen in diesen Sendungen zu platzieren, um eine hohe Verbreitung zu erzielen.

Der Medienberater Rainer Cabanis erinnerte an den „Tutzinger Appell“ für ein „glaubwürdiges Radio“, der im August in Tutzing von Radiomachern unterzeichnet worden war (epd 62/07). „Es darf dem Hörer nichts vorgegaukelt werden, was nicht wirklich ist“, forderte Cabanis. Was nicht live sei, dürfe nicht als live verkauft werden. PR-Beiträge müssten in den Werbeblock verschwinden, Nachrichten dürften nicht als Aufzeichnung gesendet werden. Auch seien Mogeleyen bei Gewinn-Shows tabu.

Die Möglichkeit, komplette Nachrichtensendungen, Beiträge und Shows einzukaufen, wird nach Angaben der Referenten häufig von kleinen und finanzschwachen Privatsendern genutzt. Aber auch große Privatradios beteiligen sich an Kooperationen. Hans-Dieter Hillmoth, Geschäftsführer des hessischen Privatradios Radio FFH, berichtete über das Internetangebot Digital 5, an dem sich fünf Privatsender aus ganz Deutschland beteiligen. Ein Erlös werde nicht erzielt, sagte Hillmoth, die Kosten würden etwa gefünftelt (epd 51/07).

„Radio-Tatort“ für junges Publikum

Kooperationen bieten nach Auffassung des Medienberaters Cabanis kleineren und finanzschwächeren Sendern Vorteile, wenn sie einen „Mindest-Qualitäts-Level“ aufrechterhalten wollen. Große Sender machten das meiste selbst. Andererseits schreckte der höhere Verwaltungsaufwand kleine Privatsender ab, sich an Kooperationen zu beteiligen.

Stephan Hampe, Geschäftsführer des von mehreren Berliner Radiosendern gegründeten Radio Service Berlin, sagte, mit einer Zusammenarbeit könnten Kosten gespart werden. Man nutze einen gemeinsamen Reporterpool, vertrete sich gegenseitig bei Urlaub und Krankheit und nutze auch Infrastruktur gemeinsam. Laut Hampe beliefert Radio Service Berlin zehn Privatsender in acht Bundesländern mit Nachrichten und Musiksendungen.

Der Leiter Künstlerisches Wort bei SWR2, Ekkehard Skoruppa, kündigte an, die ARD wolle mit ihrem neu-

en „Radio-Tatort“, der im Januar auf Sendung geht, ein „großes und auch junges“ Publikum ansprechen. Die in einer gemeinsamen Anstrengung von allen ARD-Sendern produzierte Hörspielreihe „Radio-Tatort“ werde zu guten Sendezeiten zwischen 20 und 22 Uhr ausgestrahlt und nicht in die späte Nacht verschoben, sagte Skoruppa.

Wie berichtet soll der vom WDR produzierte erste Fall „Emir“ am 16. Januar bundesweit in den Kultur-, Wort- und Jugendprogrammen der beteiligten ARD-Sender zwischen 20 und 22 Uhr gesendet werden (epd 61/07). In den „Tatort“-Sendungen wolle man den Leuten „aufs Maul schauen“ und mit leichtem Dialekt eine regionale Färbung erzielen, so Skoruppa. Die Frage, ob man im Norden auch „Tatorte“ verstehe, die im Süden spielen, habe man „intern getestet“ – in Flensburg sei etwa ein mit schwäbischem Dialekt gefärbter Tatort verstanden worden.

Die jährlich stattfindenden Hörfunkgespräche werden vom Gemeinschaftswerk der Evangelischen Publizistik (GEP) in Frankfurt und dem Adolf Grimme Institut in Marl veranstaltet. Die LPR, die LMK und die Landesanstalt für Kommunikation Baden-Württemberg (LFK) unterstützen die Hörfunkgespräche. sem

n-tv und N24 kritisieren personellen Ausbau von EinsExtra

Geschäftsführer Demmel: „Nicht nachvollziehbare Expansionspläne“

Frankfurt a.M. (epd). Die Geschäftsführer der beiden privaten Nachrichtenkanäle n-tv (RTL-Gruppe) und N24 (ProSiebenSat.1) haben die geplante personelle Ausweitung von EinsExtra, dem digitalen Informationssender der ARD, kritisiert. „Jetzt ist genau das eingetreten, was wir immer schon prophezeit haben: Eine kostenneutrale Lösung für EinsExtra kann und wird es nicht geben“, sagte n-tv-Geschäftsführer Hans Demmel am 23. November dem epd. Er sprach von einem „nicht nachvollziehbaren Expansionsgelüst der Öffentlich-Rechtlichen“.

Zuvor hatte der Rundfunkrat des NDR, bei dem EinsExtra angesiedelt ist, die Pläne für einen personellen Ausbau des Digital senders verabschiedet, dessen Nachrichtenformat „EinsExtra Aktuell“ im nächsten Jahr von täglich vier auf elf Stunden ausgeweitet wird. Demnach sind für den gesamten Sender für das Jahr 2008 insgesamt 74,5 Stellen vorgesehen, darunter 9,5 neue Stellen. Laut NDR kommen diese Stellen

aber der gesamten Zentralredaktion ARD-aktuell zugute, die auch das Nachrichtenformat „EinsExtra Aktuell“ produziert. Der NDR veranschlagte die Personalkosten für die EinsExtra zugewiesenen Mitarbeiter im Jahr 2008 auf 4,15 Millionen Euro (epd 92/07).

Zu den Personalplänen des NDR für EinsExtra sagte N24-Geschäftsführer Torsten Rossmann laut „Süddeutsche Zeitung“: „So werden Fakten geschaffen in einer juristisch ungeklärten Situation.“ *dan*

Stadelmaier: Balance bei Regulierung von Internet-Spielen

Medienpolitische Debatte über Jugendschutz und Verbraucherschutz in Second Life

Berlin (epd). **„Neue Spieleformen sind per se kein Anlass für zusätzliche staatliche Regulierung“, erklärte der Chef der rheinland-pfälzischen Staatskanzlei Martin Stadelmaier am 19. November in Berlin. Als eine „Balance von Restriktionen und Förderung“ beschrieb Stadelmaier das notwendige Handeln des Staates bei neuen Medien wie der webbasierten Spielwelt Second Life (SL) an einem medienpolitischen Diskussionsabend in der Landesvertretung Rheinland-Pfalz.**

Für das von der US-Firma LindenLab erfundene Angebot Second Life stellen sich nach Ansicht des Chefs der bei Rundfunk und Telemedien federführenden rheinland-pfälzischen Staatskanzlei auch „medienpolitisch relevante Fragen“: Zum einen gehe es um die Durchsetzung von Jugend- und Verbraucherschutz. Virtuelle Spielwelten seien „kein rechtsfreier Raum“. Zugleich sollten sich Veranstalter und staatliche Aufsicht auch hier um regulierte Selbstregulierung bemühen. Damit Bürger selbstverantwortlich damit umgehen können, bedürfe es zudem der Erhöhung der Medienkompetenz.

Welche Risiken virtuelle Welten wie SL bieten, machte Dieter Dörr, Professor für Medienrecht an der Uni Mainz, deutlich. Im Einzelfall sei nicht immer eindeutig, welches Recht zur Anwendung komme. Auch seien die nationalen Rechtssysteme aufgrund ihrer kulturellen Traditionen sehr unterschiedlich. Als Mitglied der Kommission zur Ermittlung der Konzentration im Medienbereich (KEK) verwies Dörr auch auf die Verbindungen zwischen virtueller und realer Welt und fragte, ob auch SL-Zeitungen wie der „Avastar“ von Springer oder Radio- und TV-Sender in dieser Internetwelt bei Ermittlungen zu vorherrschender Meinungsmacht in Deutschland mit einbezogen werden sollten (epd 100/06).

Harald Stief von der Hauptredaktion neue Medien beim ZDF sprach bei SL von einer „communitygetriebenen Selbstregulierung“, die sich etwa darin zeige, dass der Betreiber LindenLab Sportwettbüros und Spielcasinos nach Beschwerden geschlossen und sogenannte „sexfreie Zonen“ sowie eine speziell geschützte Jugendwelt eingerichtet habe.

Caja Thimm, Professorin für Kommunikationswissenschaften an der Uni Bonn, verdeutlichte an mehreren Beispielen, wie politische Auseinandersetzungen und sogar Wahlkampf in Second Life stattfinden. Dies beeinflusse durchaus Debatten in der realen Welt, fraglich sei aber, ob „Jugendliche medial und psychologisch ausreichend“ auf diese virtuelle Welt und die Wechselwirkungen mit der realen vorbereitet seien.

Anette Schauss von der Hamburg Media School sprach von einem „eigenen Wirtschaftskreislauf“ bei SL, da auch LindenDollar erworben und in reales Geld zurückgetauscht werden können. Die Bedeutung für die reale Wirtschaftswelt sei allerdings „eng begrenzt“, auch wenn Firmen aus der realen Welt Second Life zunehmend für Marketing, Werbung, Produkttests und Konsumentenforschung nutzen. Für den Einzelnen sei die Teilnahme ein „finanziell hohes Risiko“, zumal es eine „autokratische Allmacht des Betreibers“ gebe und klassische Markt- und Wirtschaftsregeln kaum angewandt würden. *how*

Neue Unternehmensstruktur bei Spiegel TV

Zwei weitere Tochterfirmen gegründet – Pommer: Kein Personalabbau

Hamburg (epd). **Die Fernseh-Tochter des Spiegel-Verlags, Spiegel TV, erhält eine neue Unternehmensstruktur. Am 1. Januar 2008 nehmen zwei neu gegründete Töchter – Spiegel TV Media und Spiegel TV Produktion – ihren Betrieb auf, wie der Verlag am 21. November mitteilte.**

Die bereits bestehende Tochtergesellschaft a+i wird in Spiegel TV Infotainment umbenannt. An diesen Tochterfirmen sollen zukünftig Minderheitsbeteiligungen Dritter möglich sein. Ein Personalabbau sei mit der Änderung nicht verbunden, hieß es. Spiegel TV Media werde künftig alle Ko- und Auftragsproduktionen von Spiegel TV herstellen, vor allem Dokumentationen für ARD und ZDF. Spiegel TV Produktion solle „produktions- und technische Dienstleistungen“ für die Mutterfirma Spiegel TV, deren Töchter und Dritte erbringen. Wie bisher a+i werde Spiegel TV Infotainment die

Formate „Johannes B. Kerner“ und „Wie schlau ist Deutschland?“ produzieren und neue Formatideen im Bereich Unterhaltung entwickeln.

Dirk Pommer, neben Fried von Bismarck und Cassian von Salomon Geschäftsführer von Spiegel TV, sagte dem epd am 22. November, in den vergangenen Jahren habe es bei den Geschäftsfeldern des Unternehmens und bei den Verantwortlichkeiten viele Änderungen gegeben. Diese „etwas verschwommene Situation“ wolle man nun verbessern, um einen klaren Überblick über die Finanzmittel und die Personalressourcen zu bekommen. Die Gründung von zwei neuen Tochterfirmen habe sich als der vielversprechendste Weg herausgestellt.

Die neue Struktur sei auch vom Mehrheitsgesellschafter des Spiegel-Verlags, der Mitarbeiter KG, abgesegnet worden, sagte Pommer. Einen Konflikt mit den Verlagsleitlinien, wonach zentrale Bereiche nicht ausgegründet werden dürfen, sehe man nicht. Als Sicherungsinstrument sei vorgesehen, dass künftige Minderheitsgesellschafter nicht mehr als 25 Prozent an einer Spiegel-TV-Tochter halten dürften. „Es geht nicht darum, unbedingt Kasse zu machen, sondern in einem unwägbareren Medienmarkt strategische Partnerschaften abzuschließen“, so Pommer.

Zugleich dementierte der Geschäftsführer Medienberichte, wonach ein Personalabbau bei Spiegel TV bevorstehe. Zwar werde sich die Zahl der Vollzeitstellen bei der Spiegel-TV-Gruppe von 253 im Jahr 2007 auf 244 im Jahr 2008 reduzieren, dies sei jedoch überwiegend auf die Zuordnung bisheriger Spiegel-TV-Mitarbeiter zu anderen Abteilungen des Verlags zurückzuführen. So würden sechs Stellen zur neuen Zentralstelle für das Rechnungswesen wandern, die künftig für alle Verlagssegmente – Presse, Internet, Fernsehen – arbeiten soll.

Drei Verträge seien allerdings „aktiv beendet“ worden, räumte Pommer ein. In einem Fall habe es auch eine Kündigung gegeben. Dafür werde etwa bei der Spiegel TV Media, die für Auftragsproduktionen zuständig sein soll, das Personal aufgestockt. Durch die Neuordnung werde kein einziger Spiegel-TV-Mitarbeiter schlechter gestellt, rund 40 Mitarbeiter am Standort Berlin erhielten sogar verbesserte Konditionen. Im Frühsommer hatte sich die große Mehrheit der Mitarbeiter in einem Brief an Verlagsgeschäftsführer Mario Frank gegen die Umstrukturierungspläne ausgesprochen (epd 54/07).

Zur Verteilung der Umsätze in der Spiegel-TV-Gruppe sagte Pommer, im Jahr 2008 würden laut Prognose etwa 40 Prozent durch Drittesende-Lizenzen im Fernsehen wie „Spiegel TV Magazin“ erzielt. Weitere 20

Prozent würden über Dienstleistungen von Spiegel TV, etwa Videos für „Spiegel Online“, eingenommen. Die restlichen 40 Prozent sollten über die drei Tochterunternehmen von Spiegel TV erwirtschaftet werden.

Zur Zukunft des scheidenden „Spiegel“-Chefredakteurs Stefan Aust, der auch Herausgeber von Spiegel TV ist, erklärte Pommer, diese Frage werde von den Gesellschaftern des Verlags entschieden. Aust hatte im Juli seinen Posten als Geschäftsführer von Spiegel TV abgegeben (epd 54/07), seitdem ist er als Herausgeber für das „Spiegel TV Magazin“ (RTL) und die „Spiegel TV Reportage“ (Sat.1) verantwortlich. Am 15. November hatte der Verlag mitgeteilt, dass die Gesellschafter Austs Vertrag als „Spiegel“-Chefredakteur nicht über den 31. Dezember 2008 hinaus verlängern (epd 91/07). Über die Nachfolge wird zurzeit beraten, nach epd-Informationen soll noch bis Ende des Jahres eine Entscheidung fallen. *rid*

Journalisten und Funktionäre kritisieren EU-Transparenzinitiative

Registrierungspflicht für Lobbyisten gefordert – Böge sieht Medien in der Pflicht

Mainz (epd). **Journalisten und Funktionäre sehen die aktuelle EU-Transparenzinitiative skeptisch. Die Initiative sieht eine freiwillige Registrierung von Interessenvertretern in Brüssel vor. Damit würden die schwierigen Fälle von Lobbyismus gar nicht erfasst, sagte der ehemalige Präsident des Bundeskartellamts, Ulf Böge, am 21. November beim 12. Mainzer Mediendisput. So werde etwa der Vorstandsvorsitzende eines Industrieunternehmens, der einen direkten Zugang zu Regierungschefs habe, niemals registriert.**

Die EU-Kommission hatte im März 2007 beschlossen, ein öffentliches Register für alle Interessenvertreter (Lobbyisten) einzurichten, die Einfluss auf Entscheidungen der EU-Organe nehmen wollen. Die Grünen-EU-Abgeordnete Hiltrud Breyer forderte in Mainz, die Registrierung von Interessensvertretern wenigstens zur Pflicht zu machen, wie dies in den USA oder Kanada der Fall sei. Breyer wies darauf hin, dass der Lobbyismus in Brüssel gestiegen sei, seit das Parlament mehr Kompetenzen habe.

Der Brüsseler ARD-Korrespondent Rolf-Dieter Krause riet dagegen zu Gelassenheit: „Ich weiß nicht, wo das Problem liegt, wenn heute fast jede Lobby eine Gegenlobby hat“, sagte er.

Als Alternative zur formellen Registrierung von Lobbyisten forderte Kartellamtschef Böge die Medien zu einer fundierten Berichterstattung auf, um Transparenz zu schaffen. Allerdings müssten auch Journalisten aufpassen, nicht vom Lobbyismus eingefangen zu werden, sagte Böge. Der ehemalige Kartellamtschef verortete diesen nicht nur in Verbänden und der Wirtschaft, sondern auch in der Politik. *dan*

Fischer und Beck fordern positive EU-Berichterstattung

Ex-Außenminister wirbt für EU-Reformvertrag – 12. Mainzer Mediendisput

Mainz (epd). Der Bundesvorsitzende der SPD, Kurt Beck, und Ex-Außenminister Joschka Fischer (Grüne) haben die Medien aufgefordert, positiv über die Europäische Union zu berichten. Beim 12. Mainzer Mediendisput sagte Fischer am 22. November zur öffentlichen Debatte über einen EU-Reformvertrag: „Es sollten alle Anstrengungen unternommen werden, dass der Reformvertrag ratifiziert wird – das sage ich auch in die Richtung der Medien.“

Beck forderte die Medien auf, Europa in ihrer Berichterstattung als Chance darzustellen. Allerdings räumte er gleichzeitig auch mögliche Probleme ein: „Wir müssen uns fragen, ob wir überhaupt in der Lage sind, Europa ordentlich medial darzustellen. Europa ist kompliziert“, sagte er.

Die Medien hätten nicht nur „ein weites Feld“, um Europa „durch eigene Initiative“ voranzubringen, sagte Fischer, ihnen komme auch eine „entscheidende Bedeutung“ zu. Um die europäische Vielfalt in den Medien besser aufzuarbeiten, schlug Fischer eine transnationale Redaktion öffentlich-rechtlicher Sender vor. Außerdem regte er eine Ausweitung des deutsch-französischen Kultursenders ARTE an. Der Sender solle europäischen Länder widerspiegeln und sein Sendegebiet ausweiten, sagte Fischer.

ARTE-Präsident Gottfried Langenstein sah dafür wenig Chancen: Für eine internationalere Verbreitung müsste der Sender mehr Rechte kaufen, gab er zu bedenken. Er wies auch darauf hin, dass ARTE bereits mit anderen europäischen Sendern außerhalb Deutschlands und Frankreichs kooperiere. Unter anderem kooperiere ARTE mit einem polnischen, einem finnischen und einem italienischen Fernsehsender. Auch mit dem belgischen Sender RTBF gibt es eine Kooperation. Allerdings sei die Zusammenarbeit mit dem polnischen Partnerkanal unter der Regierung der Kaczynski-Brüder „beendet“ worden, sagte Langenstein,

doch er hoffe, dass sich das nun nach dem politischen Wechsel wieder ändern werde.

Der Senderchef skizzierte zudem Probleme bei der Beschaffung zusätzlicher Gelder. Schwierigkeiten sehe er beispielsweise bei der BBC: „Ich kann mir nicht vorstellen, dass die Briten in Straßburg Geld anlegen würden, das außerhalb ihrer Verfügungsgewalt wäre.“ *dan*

Internetnutzer dürfen NDR-Filme auf eigenen Web-Seiten zeigen

Creative-Commons-Lizenz für „Zapp“- und „Extra 3“-Stücke

Hamburg (epd). Internetnutzer dürfen künftig Fernsehbeiträge des NDR auf ihren eigenen Web-Seiten zeigen. Bislang war es nur erlaubt, mit einem Link auf die Beiträge zu verweisen, die ausschließlich auf Seiten des NDR abgespielt werden durften. In einem Pilotprojekt fielen künftig zunächst ausgewählte Stücke des Medien-Magazins „Zapp“ und der Satire-Sendung „Extra 3“ unter die neue Regel, teilte der NDR am 20. November mit. Auch ausgewählte Online-Artikel dürften verwendet werden. Der NDR will damit vor allem mehr junge Zuschauer erreichen.

Es gelte eine sogenannte Creative-Commons-Lizenz, hieß es. Erlaubt ist demnach, die Beiträge zu vervielfältigen, zu verbreiten und selbst auf privaten Homepages oder in Blogs (Internettagebüchern) öffentlich zugänglich zu machen. Dabei müsse aber stets der NDR als Urheber genannt werden. Eine kommerzielle Nutzung der Inhalte sei nicht erlaubt, zudem dürfe das Material nicht bearbeitet werden, teilte der NDR mit.

Als Vorreiter der Creative-Commons-Lizenz gilt die britische BBC, deren selbst produzierte Videos schon seit einiger Zeit auch auf fremden Internetseiten gezeigt werden dürfen. Voraussetzung der Creative-Commons-Lizenz ist, dass die Urheberrechte allein beim jeweiligen Sender liegen. Sobald beispielsweise Agenturmaterial in einem Beitrag gezeigt wird, ist das Verwenden auf privaten Internetseiten nicht möglich. Grundsätzlich ausgeschlossen ist eine kommerzielle Verwertung.

NDR-Intendant Jobst Plog sagte, die Inhalte, die im Netz zur Verfügung gestellt würden, hätten die Zuschauer über die Rundfunkgebühr bereits gezahlt. „Weil wir über das Internet speziell junge Zielgruppen erreichen, ist der Einsatz von Creative-Commons-Lizenzen für uns beson-

ders interessant. Auf diese Weise tragen wir veränderten Nutzungsgewohnheiten Rechnung." Programmdirektor Volker Herres sagte, der Sender wolle die Menschen mit seinen Angeboten erreichen. Auf welchem Weg dies geschehe sei zweitrangig. Den „Extra 3“-Film mit dem Travestie-Künstler Olivia Jones beim Parteitag der rechtsextremen NPD etwa hätten 250.000 Nutzer auf der Plattform Youtube angesehen. „Vielleicht schaltet der eine oder andere beim nächsten Mal direkt das Original ein“, sagte Herres.

Auch das ZDF steht offenbar kurz vor der Freigabe einzelner Videobeiträge für die private Nutzung im Internet, wartet aber noch auf die Freigabe des eigenen Justiziariats. Mit Blick auf die neuen „Creative Commons“-Angebote des NDR heißt es in Mainz, zwar sei noch keine endgültige Entscheidung getroffen worden, man prüfe die Sache allerdings „sehr konkret und sehr ernsthaft“, sagte ein Beteiligter dem epd. Anfang November hatte das ZDF erst einen eigenen Kanal auf der Online-Videoplattform YouTube gestartet (epd 89/07). Anders als bei auf YouTube eingestellten Videos üblich, können Nutzer die ZDF-Videos auf Wunsch des Senders aber zunächst nicht in ihre eigenen Webseiten „einbetten“, sondern nur auf der YouTube-Seite ansehen. *hen/dan*

Unity Media baut Pay-TV-Plattform ArenaSat weiter aus

Weitere Bezahlsender über Satellit – Preise steigen um fünf Euro

Köln (epd). Der Kabelbetreiber Unity Media baut seine Satellitenplattform ArenaSat weiter aus. Das Pay-TV-Angebot umfasse nun 20 Programme, teilte Unity Media am 21. November mit. Arena war ursprünglich als Plattform zur Verbreitung der Fußball-Bundesliga gestartet. Seit der Weitergabe der Rechte an Premiere besteht Arena als Pay-TV-Satellitenplattform weiter und konkurriert hier mit dem Premiere-Angebot Premiere Star (epd 57/07). Zugleich wird über ArenaSat auch das Bundesliga-Paket von Premiere verbreitet.

Die Programmpakete ArenaSat Family und ArenaSat komplett würden um die Sender Sat.1 Comedy, kabel eins classics, Animax, Lettra und The Biography Channel ergänzt, hieß es weiter. Damit wachse die Programmvierfalt bei ArenaSat Family von sieben Programmen zum Start im August 2006 auf nun 20 Programme. Ab Januar koste das Paket dann 14,90 statt bisher 9,90 Euro. ArenaSat Komplett, inklusive Bundesliga, koste 24,90 statt 19,90 Euro. Das Bundesliga-

Angebot könne weiterhin zum Preis von 14,90 Euro einzeln gebucht werden.

ArenaSat-Geschäftsführer David McGowan sagte, die Erweiterung der Programmvierfalt unterstreiche die Rolle von ArenaSat als bevorzugtem Plattform-Partner für die Programmbetreiber. ArenaSat werde weiter ausgebaut, die Vielfalt und der Wert für die Abonnenten würden weiter erhöht. *hen*

MA HSH beansprucht zwei Geschäftsstellen für sich

Howe: ZAK soll nach Norderstedt – Appelle an Landespolitik: „Noch was schuldig“

Kiel (epd). Die neu geschaffene Medienanstalt Hamburg Schleswig-Holstein (MA HSH) will in den Kreis der Landesmedienanstalten „ein eigenes Profil“ einbringen. Dies kündigte der Medienratsvorsitzende Jörg Howe am 19. November in Kiel in seinem Rechenschaftsbericht an. Demzufolge beansprucht die MA HSH, Sitz der Geschäftsstelle der neuen Kommission für Zulassung und Aufsicht (ZAK) zu werden.

Howe appellierte in diesem Zusammenhang an die Landespolitik von Hamburg und Schleswig-Holstein, die MA HSH bei diesem Vorhaben zu unterstützen. Die Politik sei der fusionierten Zwei-Länder-Medienanstalt „noch was schuldig“, merkte Howe an. Der Medienratsvorsitzende forderte außerdem, eine vierte gemeinsame Kommission der Landesmedienanstalten zu gründen. Diese könnte sich als „zentrales Beschlussorgan“ um Europa, Programmaufsicht und Medienwirtschaft kümmern, schlug Howe vor. Auch dieses Gremium sollte nach seinen Vorstellungen in Norderstedt seine Geschäftsstelle haben.

Norderstedt (im Süden Schleswig-Holsteins, an der Grenze zu Hamburg) ist der offizielle Sitz der MA HSH, deren Vorläuferanstalten HAM und ULR in Hamburg und Kiel residierten. Die MA HSH wird laut Howe in der ersten Dezemberwoche ihre neuen Räumlichkeiten in Kiel beziehen. Der Medienratsvorsitzende räumte ein, dass es beim Fusionsprozess auch „Reibungsverluste“ wie z.B. Abwanderung einzelner Mitarbeiter gegeben habe.

An Hamburg und Schleswig-Holstein appellierte Howe, die Finanzausstattung der MA HSH aufzustocken. „Wenn wir statt in der ersten Liga am Ende doch nur in der medialen Kreisliga spielen, hätten wir uns die Zusammenlegung auch sparen können.“ *lili*

Bericht: Dieter von Holtzbrinck bietet für Süddeutschen Verlag

Zusammenarbeit mit Goldman Sachs - Interesse auch bei Finanzinvestoren

Hamburg (epd). Dieter von Holtzbrinck (66), früherer Chef und Mitgesellschafter der Holtzbrinck-Gruppe („Die Zeit“, „Handelsblatt“), will einem Bericht des „manager magazin“ (Ausgabe 23. November) zufolge die Mehrheit des Süddeutschen Verlags (SV) übernehmen. Damit träte er in Konkurrenz zu seinem Halbbruder und Amtsnachfolger Stefan von Holtzbrinck, der mit der Holtzbrinck-Gruppe ebenfalls zum Bieterkreis um den zum Verkauf stehenden Verlag zählt (77, 84/07).

Insgesamt haben vier Eigentümerfamilien, die 62,5 Prozent der Anteile am SV Verlag („Süddeutsche Zeitung“) halten, ihre Verkaufsabsicht bekanntgegeben. Die ebenfalls beteiligte Südwestdeutsche Medien Holding („Stuttgarter Zeitung“) nimmt für sich ein Vorkaufsrecht in Anspruch, will aber offenbar nicht die von den Eigentümern geforderte Summe von rund einer Milliarde Euro zahlen.

Wie das „manager magazin“ berichtet, tritt Dieter von Holtzbrinck gemeinsam mit der Investmentbank Goldman Sachs als Bieter auf. Dieter von Holtzbrinck war von 1980 bis 2001 Geschäftsführer der Holtzbrinck-Gruppe, wechselte dann in den Aufsichtsrat und zog sich Mitte 2006 aus dem Unternehmen zurück. Als weitere Kaufinteressenten für den SV gelten die Verlage DuMont Schauberg, die WAZ-Gruppe sowie die Beteiligungsfirmen Apax und Veronis Suhler Stevenson. *hen*

Forscherin: Medien verbinden Islam zu oft mit Gewalt

Tagung zu Islam in den Medien in der Evangelischen Akademie Hofgeismar

Hofgeismar (epd). Der Islam wird nach Expertenmeinung in den Medien zu oft mit Gewalt in Verbindung gebracht. „Das Titelbild des „Spiegel“-Spezialhefts über den Islam und den Nahen Osten beispielsweise entspricht in der Aufmachung einer islamistischen Website“, sagte Sabine Schiffer, Leiterin des Erlanger Instituts für Medienverantwortung, am 17. November in Hofgeismar bei Kassel.

Der Inhalt des Heftes sei dagegen seriös und differenziert. Mit der Titel-Fotomontage von Entführungsopfern, betenden Muslimen und Selbstmordattentätern

werde eine Verbindung von Gewalt und Islam suggeriert. Diese weit verbreitete Art der Darstellung fördere ein Denken in Feindbildern, sagte Schiffer bei einer Tagung der Evangelischen Akademie Hofgeismar zum Thema „Islam in den Medien“.

„Man glaubt Osama bin Laden, wenn er sagt, er handle im Namen des Islam. Wenn US-Präsident George W. Bush sagt, er kämpfe für christliche Werte, ist man hingegen kritischer“, bemängelte Schiffer die unterschiedliche Bewertung von Aussagen durch Journalisten. Leider gebe es an den Schulen keinerlei systematische Ausbildung zum Umgang mit Medien.

Erk Simon, Projektleiter bei der WDR-Medienforschung in Köln, berichtete, dass sich in Deutschland lebende Türken laut einer Untersuchung von 2006 nicht gegenüber deutschen Medien abschotteten. Zwar seien türkische Vorabendserien wegen ihrer Emotionalität und Dramatisierung sehr beliebt. ARD und ZDF besäßen aber ein hohes Ansehen. „Es wird sehr geschätzt, dass die Nachrichten glaubwürdig sind“, sagte Simon. Deutsche und türkische Programme würden gleichermaßen genutzt. *leh*

Deutsche unter 24 nutzen lieber das Internet

81 Prozent der Internetnutzer in Europa haben Breitbandanschluss

London (epd). Junge Deutsche nutzen das Internet häufiger als das Fernsehen. Zu diesem Ergebnis kommt die Studie „Mediascope Europe 2007“, die mehr als 1.000 Internetnutzer in Deutschland befragte. Wie die European Interactive Advertising Association (EIAA), der Branchenverband paneuropäischer Online-Vermarkter, Anfang November mitteilte, nutzen drei Viertel der 16- bis 24-jährigen Befragten an fünf bis sieben Tagen das Internet. Nur zwei Drittel der Befragten sehen ähnlich häufig fern.

Diese Entwicklung zeige sich in ganz Europa, so die EIAA: 82 Prozent der 16- bis 24-Jährigen in Europa gingen häufiger online als sie fernsahen. Bei den älteren Europäern liege die TV-Nutzung mit 86 Prozent aber noch vor der Internetnutzung (75 Prozent). Die stark ansteigende Nutzung des Webs sei vor allem auf die steigende Verbreitung von Breitband-Internetanschlüssen zurückzuführen.

Laut Studie sind 57 Prozent der Europäer online, das sind sechs Prozent mehr als 2006. Am weitesten sei

das Internet in den Niederlanden verbreitet, teilte die EIAA mit: Hier verfügten 81 Prozent über einen Internetanschluss, an zweiter Stelle liege Norwegen mit 78 Prozent, Schweden folge mit 74 Prozent. In Deutschland hätten 61 Prozent der Bevölkerung einen Internetanschluss. Mit einer Steigerungsrate von 15 Prozent gegenüber 2006 wachse die Zahl der Internetanschlüsse in Deutschland stärker als in den anderen Ländern Europas.

Deutsche Internetnutzer gehen nach Angaben der Studie im Schnitt an 5,2 Tagen pro Woche online, wöchentlich verbringen sie elf Stunden im Internet. In Deutschland verfügten gut zwei Drittel (69 Prozent) der Internetnutzer über einen Breitbandanschluss, dies sei deutlich unter dem europäischen Durchschnitt von 81 Prozent.

Insgesamt wurden für die Studie 7.000 Internetnutzer in ganz Europa befragt. Zu den Mitgliedern der EIAA gehören AdLink, AOL Europe, Microsoft Digital Advertising, DoubleClick und Lycos Network Europe. *dir*

LFK übernimmt Vorsitz der Landesmedienanstalten

Langheinrich ab 2008 Vorsitzender der Direktorenkonferenz

Stuttgart (epd). Die Landesanstalt für Kommunikation Baden-Württemberg (LFK) übernimmt ab 2008 den Vorsitz der Arbeitsgemeinschaft der Landesmedienanstalten (ALM). Sie folgt damit der Niedersächsischen Landesmedienanstalt (NLM), die den Vorsitz seit 2006 innehat.

Gleichzeitig übernimmt damit LFK-Präsident Thomas Langheinrich den Vorsitz der Direktorenkonferenz der Landesmedienanstalten (DLM) von NLM-Direktor Reinhold Albert. „Ich freue mich auf den DLM-Vorsitz und die Beachtung, die der Medienstandort Baden-Württemberg mit dieser Entscheidung erfährt“, sagte Langheinrich zur Entscheidung der Gesamtkonferenz der Landesmedienanstalten vom 21. November. Albert sagte, er wünsche Langheinrich eine glückliche Hand vor allem im Hinblick auf die anstehenden Strukturveränderungen und bei der Mitgestaltung des analogen digitalen Umstiegs, die in seine Amtszeit fielen.

Der derzeitige Vorsitzende der Gesamtkonferenz, Thomas Koch, und sein Amtsnachfolger Hartmut Richter, Vorsitzender des Medienrates der LFK, sagten, dass die pluralistisch organisierte Medienaufsicht zwar durch den 10. Rundfunkänderungsstaatsvertrag

auch auf nationaler Ebene abgebildet wird, man sich aber eine stärkere Einbindung der Gremien gewünscht habe.

Als stellvertretende Medienanstalten für den Vorsitz wurden die Landeszentrale für Medien und Kommunikation Rheinland-Pfalz (LMK) sowie die Thüringer Landesmedienanstalt (TLM) gewählt. *hen*

Landesbischof Friedrich: Familien brauchen mehr Unterstützung

Medienpreis an Journalisten von „chrismon“, „Zeit“ und „Mainpost“

München (epd). Der bayerische evangelische Landesbischof Johannes Friedrich hat an Gesellschaft und Kirche appelliert, Familien mehr zu unterstützen. Familien könnten wichtige Impulse für das Zusammenleben geben, sagte der Bischof am 20. November beim Medienempfang der bayerischen Landeskirche im jüdischen Kulturzentrum in München. Kirche könne und wolle Stimme sein für diejenigen, die sonst vielleicht nicht gehört würden, begründete Friedrich das publizistische Engagement der evangelischen Kirche.

Erstmals vergab die bayerische Landeskirche einen Medienpreis für Printmedien. Ausgezeichnet wurden drei Beiträge, die „Lust auf Familie“ machten, hieß es. Den mit 5.000 Euro dotierten Hauptpreis erhielt die Journalistin Gisela Rauch von der Würzburger Tageszeitung „Mainpost“ für ihre Reportage „Ein Baby? Ein Baby!“ über eine werdende Mutter.

Je einen mit 1.000 Euro dotierten Anerkennungspreis erhielten Christine Holch vom evangelischen Monatsmagazin „chrismon“ und Jörg Lau von der Wochenzeitung „Die Zeit“. Holch berichtete unter dem Titel „Danke, uns geht's gut“ über den Alltag einer Familie mit einer sechsjährigen schwerstbehinderten Tochter, Lau wurde für seinen Essay „Wie unsere Kinder uns erziehen“ geehrt.

In der Laudatio würdigte die Münchner Regionalbischofin und Jury-Vorsitzende Susanne Breit-Keßler die drei Preisträger, die mit ihren Geschichten zum Nachdenken anregten, mit Klischees und Vorteilen aufräumten sowie Respekt lehrten vor den Stärken und Schwächen von Kindern. Den erstmals verliehenen Medienpreis hatten der Bayerische Rundfunk, die Krankenkasse AOK, die kirchliche Versicherungsgesellschaft Bruderhilfe sowie der Evangelische Presseverband für Bayern (EPV) unterstützt. *lhm*

ARD-Zweiteiler „Contergan“ erhält Medienpreis Bambi

ZDF-Moderatorin Maybrit Illner wird in der Kategorie Information ausgezeichnet

München (epd). Der ARD-Zweiteiler „Contergan“ erhält den Sonderpreis der Bambi-Jury. Der Film habe Millionen Menschen bewegt und so zu einer Auseinandersetzung mit einem lange verdrängten Thema der jüngeren deutschen Vergangenheit geführt, teilte der Burda Verlag, der den Preis verleiht, am 22. November in München mit.

Der Film um den „größten Arzneimittelskandal der deutschen Geschichte und dessen tragische Folgen“ habe durch „herausragende künstlerische Leistungen“ überzeugt, so die Jury. Der Kampf der Filmemacher für mehr Menschlichkeit und gegen das Vergessen verdiene größten Respekt.

Der Zweiteiler Contergan, bei dem Adolf Winkelmann Regie führte, wurde am 7. und 8. November in der ARD gezeigt (epd 89/07, Kritik in epd 87/07). Zuvor hatte die Firma Grünenthal, Hersteller des Schlafmittels Contergan, mit juristischen Mitteln versucht, die Ausstrahlung des Films zu verhindern und diese dadurch um ein Jahr verzögert. Die Produktionsfirma Zeitsprung, die Vertriebsfirma Eos und der Sender WDR hätten sich dadurch jedoch nicht beirren lassen und „mutig für ihr Werk“ gekämpft, teilte Burda mit.

Bereits am 19. November wurde bekannt, dass die ZDF-Moderatorin Maybrit Illner den Bambi in der Kategorie Information erhält. Die Moderatorin sei „eine der ersten Adressen, wenn es im Fernsehen um Politik geht“, sagte die Bambi-Gesamtverantwortliche Patricia Riekel: „Im Themen- und Meinungs-Wettstreit unserer Kommunikations-Gesellschaft verschafft sie dem Zuschauer Durchblick.“ Die Moderatorin habe die nach ihr benannte Talkshow im ZDF „zu einem wichtigen und vielbeachteten Podium der politischen Diskussion in Deutschland“ gemacht.

Welcher Film als „TV-Ereignis des Jahres“ ausgezeichnet wird, darüber können die Zuschauer seit dem 7. November entscheiden. Bis zum 28. November können sie noch anrufen. Zur Wahl stehen „Die Flucht“ (ARD), „Die Frau vom Checkpoint Charlie“ (ARD), „Tarragona: Ein Paradies in Flammen“ (RTL), „Der geheimnisvolle Schatz von Troja“ (Sat.1) und „Afrika mon amour“ (ZDF).

Der Medienpreis Bambi wird seit 1948 an Künstler und Werke verliehen, denen es gelungen ist, ein großes Publikum zu faszinieren. Die Gala zur Verleihung der Bambis findet am 29. November in Düsseldorf statt. Die Show wird im Ersten übertragen, moderiert wird sie von Harald Schmidt. *dir*

■ PERSONALIEN

Berlin (epd). **Ursula Weidenfeld** wird Chefredakteurin des Wirtschaftsmagazins „Impulse“ (Grüner+Jahr) in Köln. Sie ist bisher stellvertretende Chefredakteurin des „Tagesspiegels“ und übernimmt die neue Aufgabe spätestens zum 1. Mai 2008. Weidenfeld arbeitete bereits bei der „Wirtschaftswoche“ und der „Financial Times“ Die promovierte Wirtschaftshistorikerin erhielt kürzlich den Ludwig-Erhard-Preis für Wirtschaftspublizistik.

Berlin (epd). **Markus Andorfer** wird ab 2008 nicht mehr Senderchef von **Nick** und **Comedy**

Central sein und steigt auch aus der Geschäftsführung der Senderfamilie MTV Networks aus. Das Unternehmen teilte mit, Andorfer habe „aus persönlichen Gründen“ um das Ende des Vertragsverhältnisses gebeten. Andorfer war seit Herbst 2004 für MTV Networks tätig und führte beide Kanäle auf dem deutschen Markt ein. Künftig wird jeder Sender seinen eigenen Chef haben: Laut Mitteilung übernimmt der bisherige Director Channel & Programme Management **Oliver Schablitzki** die Leitung des Kindersenders Nick. Um Comedy Central wird sich künftig **Elmar Giglinger** kümmern – zusätzlich zu seiner Tätigkeit als Senior Vice President.

Dresden (epd). Chefredakteur und Geschäftsführer **Peter Stawowy** (35) verlässt das Jugendmagazin „**Spiesser**“ zum Jahresende. Das in Dresden beheimatete und bundesweit vertriebene Magazin teilte mit, es stehe noch kein Nachfolger fest. Stawowy verlasse das vor 14 Jahren gegründete Blatt „im besten gegenseitigen Einvernehmen“ mit den drei Gründern Frank Haring, Konrad Schmidt und Tino Wolter, hieß es. Stawowy war 2003 vom Medienmagazin „kressreport“ zum „Spiesser“ gewechselt. Der „Spiesser“ hatte laut IVW-Zählung im dritten Quartal 2007 eine Verbreitung von gut 907.000 Exemplaren, die kostenfrei ausgelegt werden.

Berlin (epd). Auf den Zeitschriften-tagen Mitte November in Berlin haben die Mitglieder des Fachverbands Publikumzeitschriften im Verband Deutscher Zeitschriftenverleger (VDZ) **Hans-Joachim Atropé** zu ihrem neuen Vorsitzenden gewählt. Der Geschäftsführer des Atlas Verlags folgt auf **Karl Dietrich Seikel** vom Spiegel-Verlag.

Berlin (epd). **Domenika Ahlrichs**, Chefredakteurin der „Netzeitung“, wird über ihre bisherige Funktion hinaus auch Mitglied der Chefredaktion der „Berliner Zeitung“. Als Stellvertretende Chefredakteurin werde sie der Zeitung bei der Vernetzung von Print mit Online helfen, teilte die „Netzeitung“ mit. Mit ihr wurden auch **Oliver Tom Röhrich** und **Thomas Leinkauf** als Stellvertretende Chefredakteure der „Berliner Zeitung“ berufen. Röhrich war in den vergangenen 15 Jahren Nachrichtenchef von „Bild am Sonntag“. Thomas Leinkauf, bisher Ressortleiter Magazin der „Berliner Zeitung“, soll die große Reportageform über alle Ressorts hinweg weiterentwickeln. Nach Angaben des Verlags wird er die Ressortleitung Seite drei und Magazin wahrnehmen und einen Reporterpool bilden. Die BV Deutsche Zeitungsholding, der die „Berliner Zeitung“ gehört, übernahm im Juni die im Internet erscheinende „Netzeitung“ (epd 46/07).

München (epd). **Torsten Fricke** wird neuer Unternehmenssprecher und Leiter des Gesamtbereichs Kommunikation beim Bezahlfernseher **Premiere**. Der 44-jährige Diplom-Journalist übernimmt die Position am 1. Dezember 2007 und folgt auf **Cristina Bacher**, die erst im Sommer zu Premiere gewechselt war, das Unternehmen aus „privaten Gründen“ aber schon wieder verlässt.

Fricke war seit Oktober 2002 stellvertretender Chefredakteur der Münchner „Abendzeitung“. Zuvor war er Sportchef und Moderator bei Radio Charivari, Leiter der Lokalredaktion bei der „Passauer Neuen Presse“ und Ressortleiter bei der Münchner „tz“.

Köln (epd). **Gerhard Hofmann**, politischer Chefkorrespondent bei RTL und n-tv, beendet seine Tätigkeit für die beiden Sender. Er wolle sich „neuen beruflichen Aufgaben“ widmen, teilte RTL mit. Im August 1994 hatte Hofmann seine Tätigkeit für RTL als Leiter des damaligen Hauptstadtstudios in Bonn aufgenommen, ehe er fünf Jahre später die Funktion des politischen Chefkorrespondenten für RTL mit Sitz in Berlin annahm. Seit November 2006 übt er diese Tätigkeit auch für n-tv aus. Vor seiner Zeit bei RTL war Hofmann in verschiedenen journalistischen Funktionen beim BR und beim SWR tätig.

Köln (epd). **Klaus Remme** (46) ist der neue USA-Korrespondent für **Deutschlandfunk** und **Deutschlandradio Kultur**. Er tritt die Nachfolge von **Siegfried Buschschlüter** an, der sich in den Ruhestand verabschiedet hat. Remme ist seit 1996 beim Deutschlandfunk.

Hamburg (epd). **Michael Schaper** (51) übernimmt zum 1. Januar 2008 die Chefredaktion von „Geo Wissen“. Er ist bereits Chefredakteur von „Geo Epoche“ und „Geo Kompakt“. **Christoph Kucklick** (43), bisher Chefredakteur von „Geo Saison“ und „Geo Saison Extra“, wechselt ebenfalls zum 1. Januar als stellvertretender Chefredakteur zu „Geo“. Zeitgleich wird er Online-Chefredakteur der Geo-Gruppe. Seine Nachfolge tritt **Lars Nielsen** (42) an, zurzeit Chefredakteur von „Living at Ho-

me“, das ebenfalls zu Gruner + Jahr gehört. Chefredakteur von „Geolino“ und „Geolino Extra“ wird zum 1. Januar **Martin Verg** (36). Er folgt auf **Kirsten Bertrand** (38), die in die Redaktion von „Geo“ wechselt.

Hamburg (epd). **Thomas Lindner** (42) wird zum 1. April 2008 Verlagsgeschäftsführer von **G+J Living**. Er folgt auf **Angelika Jahr-Stilcken**, die in den Aufsichtsrat des Verlagshauses Gruner + Jahr wechselt. Lindner ist derzeit Gesamtanzeigenleiter von G+J Stern/Geo/Art. Er übernimmt die operative Gesamtverantwortung für die Zeitschriften „Schöner Wohnen“, „Häuser“, „Living at Home“, „Flora Garten“, „Essen & Trinken“, „Essen & Trinken für jeden Tag“, „Viva“ und „Dogs“.

Düsseldorf (epd). **Markus Backs**, bisher Leiter Vermarktung von RP Online, hat das Unternehmen zum 31. Oktober nach Angaben des Verlags auf eigenen Wunsch verlassen. Der Vermarktungsbereich wird künftig Geschäftsführer **Oliver Eckert** zugeordnet. Das Internet-Portal RP Online ist eine Tochter des Verlags der „Rheinischen Post“.

Hamburg (epd). **Michael Heun** übernimmt ab 1. März 2008 die Chefredaktion der Fernseh- und Freizeit-Illustrierten „Auf einen Blick“ aus der Bauer-Verlagsgruppe. Der 39-Jährige tritt die Nachfolge von **Norbert Schubert** (60) an, der sich im Jahr 2008 „stufenweise“ aus seiner Verantwortung als Chefredakteur zurückzieht. Ab März 2008 wird sich Schubert ausschließlich der Zeitschrift „Neue Post“ widmen. Michael Heun wechselt vom Berliner Verlag zu Bauer. Seit 2003 war er stellvertretender Chefredakteur beim „Berliner Kurier“.

■ AUSLAND

Steinmeier: Fernsehen muss europäischer Kulturträger sein

Ost-West-Gespräche beim
European Television Dialogue in Berlin

Berlin (epd). **Einen „stärkeren Beitrag des Leitmediums Fernsehen“ zu europäischer Verständigung und zum weltweiten Kulturdialog hat Bundesaußenminister Frank-Walter Steinmeier (SPD) beim European Television Dialogue am 22. November im Auswärtigen Amt in Berlin gefordert. Ex-Arbeitsminister Wolfgang Clement (SPD) sprach sich für ein „echtes europäisches Vollprogramm“ aus, zu dem die öffentlich-rechtlichen Sender der EU-Länder gemeinsam die Initiative ergreifen müssten.**

Steinmeier plädierte in seiner ersten Rede als Vizekanzler für ein „größeres Gewicht auswärtiger Kultur- und Bildungspolitik“ in einer Welt der Umbrüche. Das Deutschlandbild werde nicht unerheblich durch Film- und Fernsehproduktionen geprägt, die damit auch ein politischer Faktor seien. Zugleich müsse das Fernsehen als Kulturträger auch hierzulande zu besserer Information über die Transformationsprozesse in Osteuropa beitragen. „Wir wissen oft mehr über Mondlandschaften als über Medienlandschaften unserer osteuropäischen Partner“, sagte der Außenminister.

In seinen „Visionen des Europäischen Fernsehens“ sprach Clement davon, dass „die Grenzen und nationalen Blockaden medial überwunden werden“ müssten. Mutige Gesetzgeber müssten außer der Reform des Kartellrechts etwa für Zeitungen in Deutschland auch Investitionen innerhalb Europas freizügiger gestalten, zugleich aber die Expansion aus anderen Regionen begrenzen. Widerspruch erntete Clement allerdings für seine Forderung nach einem eigenständigen europäischen Vollprogramm, unter anderem von Elmar Heggen vom Executive Management der RTL Group. Auch andere Experten befürchteten, dass dieser Sender kulturelle Besonderheiten negieren und erfolglos sein würde.

Im Panel über „Medienbeteiligungen zwischen Russland und Westeuropa“ berichtete Vitaly Shub von Sistema Mass-Media, der Medienholding des russischen Sistema-Konzerns, vom Aufbau des ersten Breitband-IPTV-Angebots und von enormen Wachstumsraten der Rundfunk- und Telekommunikationsbranche in Russland. Die Kapitalisierung erlaube es den Firmen nun, auch in anderen Ländern zu expan-

dieren. Michael Schlich, Geschäftsführer der russischen Dependence von 20th Century Fox, bezeichnete die „Furcht vor russischen Heuschrecken“ in Deutschland allerdings als unbegründet. In jungen Märkten sei die Rendite viel höher als in gesättigten.

Im Panel über „Polen in deutschen und Deutschland in polnischen Medien“ rief Adam Michnik, Chefredakteur der „Gazeta Wyborcza“ dazu auf, „Ignoranz auf beiden Seiten“ zurückzudrängen. Mit dem Regierungswechsel in Warschau sei ein günstiger Zeitpunkt gekommen, „künstliche Hysterie und mediale Hetzjagd“ zu beenden. *how*

Keine Telefonspiele mehr im niederländischen Fernsehen

Auch SBS stoppt Call-TV-Sendungen –
Stattdessen Comedy-Wiederholungen

Amsterdam (epd). **In den Niederlanden werden die umstrittenen Fernseh-Telefonspiele nicht mehr ausgestrahlt. Nach RTL Niederlande hat auch die Sendergruppe SBS die sogenannten „belspeltjes“ am 20. November eingestellt. Die SBS-Sender SBS6, Net5 und Veronica würden stattdessen Wiederholungen von Comedys und TV-Verkaufsshows ausstrahlen, teilte SBS in Amsterdam mit. Die RTL-Sender hatten die Telefonspiele zu Beginn des Monats abgesetzt (epd 81/07).**

Ebenso wie RTL folgt nun auch SBS einer Aufforderung der niederländischen Staatsanwaltschaft, die „unrechtmäßigen Spiele“ einzustellen. Beim sogenannten Call-TV werden Zuschauer aufgefordert, am Telefon eine in der Regel einfache Frage zu beantworten. Sie können dafür meist Bargeld gewinnen.

Derartige Telefonspiele sind umstritten. Zuschauer sollen in die Irre geführt oder sogar betrogen worden sein, klagten Bürger und der Verbraucherschutzbund in den Niederlanden. Die für Glücksspiele zuständige Behörde beim Justizministerium hatte Anzeige gegen Produzenten und Sender erstattet. Sie stehen unter dem Verdacht, das Glücksspielgesetz übertreten zu haben. Telefonspiele dürfen in den Niederlanden nur zu Werbezwecken und nicht als eigenes Geschäftsmodell eingesetzt werden.

Im Zuge der Ermittlungen der Staatsanwaltschaft waren im September die Büros von RTL und SBS sowie der Produzenten Endemol und 2waytraffic durchsucht worden (epd 75/07). Dabei waren zahlreiche Unterlagen beschlagnahmt worden. Produzent Endemol teilte

mit, dass die meisten Mitarbeiter der Anruf-Shows nicht fest angestellt waren. Zwei feste Präsentatoren sollen entlassen werden. 2waytraffic wollte sich bisher nicht äußern.

Mediensprecher der politischen Parteien begrüßten die Entscheidung von SBS. Der sozialistische Abgeordnete Jan de Wit kündigte allerdings an, nun gegen die TV-Programme vorzugehen, bei denen Zuschauer per SMS Fragen beantworten könnten. „Auch das fällt unter das Glücksspielgesetz“, erklärte der Oppositions-Abgeordnete. Die Sender bräuchten dafür eine Lizenz. Ein Sprecher von RTL wies die Vorwürfe zurück: „Langsam ähnelt es einer Hexenjagd.“

Auch in Großbritannien standen mehrere TV-Sender wegen Anruf-Spielen in der Kritik. Die BBC nahm im Juli sämtliche Call-TV-Formate aus dem Programm (epd 57/07). *bir*

Skandal um angebliche Absprachen zwischen RAI und Mediaset

Beide Sender sollen nach dem Papst-Tod 2005 ständig Berlusconi erwähnt haben

Rom (epd). Enthüllungen über angebliche Absprachen zwischen dem Staatsfernsehen RAI und dem privaten Fernsehkonzern Mediaset haben in Italien einen Skandal ausgelöst. Die römische Tageszeitung „La Repubblica“ veröffentlichte Auszüge aus Abhörprotokollen, die die Finanzpolizei zwischen 2004 und 2005 im Zuge von Ermittlungen über die Pleite des Meinungsforschungsinstituts HDC anstellte, das dem heutigen Oppositionsführer Silvio Berlusconi nahestand.

Demnach sollen sich die Chefredakteure der italienischen „Tagesschau“-Variante auf RAI Uno, Clemente Mimun, und der Hauptnachrichtensendung des von Berlusconi kontrollierten Mediaset-Konzerns auf Canale5, Carlo Rossella, abgesprochen haben. Aus Rücksicht auf den damaligen Ministerpräsidenten Berlusconi sollen diese sich etwa nach dem Tod von Papst Johannes Paul II. im April 2005 verständigt haben, wie mit den am Tag danach stattfindenden Administrativwahlen zu verfahren sei.

In den veröffentlichten Auszügen wird unter anderem ein Anruf des RAI-Uno-Direktors Fabrizio Del Noce bei der zur RAI übergewechselten Ex-Berlusconi-Sekretärin Debora Bergamini wenige Stunden vor dem Tod des Papstes zitiert. Del Noce berichtete ihr darin, dass RAI-Starmoderator Bruno Vespa sich mit dem Chefre-

dakteur der Canale5-Nachrichten, Rossella, darauf verständigt habe, in seiner allabendlichen Talkshow „bei jeder Gelegenheit“ Berlusconi zu erwähnen. Damit hätten katholische Wähler, deren Wegbleiben von den Wahllokalen Berlusconis Umfeld als Reaktion auf den Papsttod befürchtet hatte, doch noch zur Stimmabgabe motiviert werden sollen.

Politik und die Führungsspitze der RAI reagierten mit Empörung auf die Enthüllungen. Kommunikationsminister Paolo Gentiloni sieht die „Ehre“ der RAI beschädigt. Angesichts immer neuer Justizskandale, die durch die Verbreitung von Abhörprotokollen in Zeitungen veröffentlicht werden, mahnte Staatspräsident Giorgio Napolitano, Ermittlungsgeheimnisse zu wahren.

Die damals von der Berlusconi-Regierung kontrollierte RAI bezeichnete sich nun als Geschädigte und gab eine interne Untersuchung in Auftrag. Die Mediaset-Führung wies die Vorwürfe, Einfluss auf das Staatsfernsehen genommen zu haben, um den Medienunternehmer und damaligen Regierungschef Berlusconi zu begünstigen, zurück. Der heutige Oppositionschef hält die Veröffentlichung der Abhörprotokolle für die Tat von „Plünderern“. Absprachen zwischen Nachrichtenchefs seien zudem „gängige Praxis“, sagte Berlusconi in einer Talkshow. Politische Beobachter vermuten in der Veröffentlichung den Versuch, Berlusconis geplante Verhandlungen mit dem Chef der neuen Demokratischen Partei, Walter Veltroni, zu torpedieren. *bg*

Ruanda: Journalistin nach elf Jahren Haft freigesprochen

Vorwurf des Völkermords entkräftet – Reporter ohne Grenzen: „Tragischer Fall“

Kimegeri/Berlin (epd). Die ehemalige Moderatorin des staatlichen Radios in Ruanda, Tatiana Mukakibibi, ist am 6. November von einem Volksgericht in Kimegeri vom Vorwurf des Völkermords freigesprochen worden. Die 42-Jährige habe sich zuvor ohne Prozess elf Jahre in Haft befunden, teilte die Menschenrechtsorganisation Reporter ohne Grenzen am 14. November mit. Mukakibibi, die stets ihre Unschuld beteuert habe, sei inzwischen zu ihrer Familie zurückgekehrt.

Das Gericht im Kimegeri habe drei Stunden lang über den Fall verhandelt, hieß es. Anschließend sei die Angeklagte von den Vorwürfen freigesprochen worden, darunter auch das Verteilen von Waffen in Kime-

geri in der Zeit von April bis Juli 1994. Eine Reihe von Entlastungszeugen habe ausgesagt, dass sich Mukakibibi nicht in Kimegeri aufhielt, als die Präsidentengarde Waffen verteilte, die für den Völkermord an den Tutsi genutzt wurden. Auch sei sie nicht an dem Mord an einem Tutsi-Journalisten beteiligt gewesen, der Beiträge für das Landwirtschaftsministerium produziert hatte.

Nach dem Genozid von 1994 war Mukakibibi für André Sibomana tätig, einen katholischen Priester, Menschenrechtsaktivisten und ehemaligen Herausgeber der Zeitung „Kinyamateka“. Sibomana berichtete über die zunehmende Gewalt gegen Journalisten, auch über Vergeltungsschläge der Tutsi, und erhielt zahlreiche Morddrohungen. Nur knapp entging er selbst den Massakern. 1994 erhielt er den Menschenrechtspreis von Reporter ohne Grenzen.

Mukakibibi glaube, des Mordes an dem Tutsi-Journalisten beschuldigt worden zu sein, weil man sich so an ihrem späteren Arbeitgeber Sibomana rächen wollte, teilte die Organisation mit. Sie sei im Oktober 1996 festgenommen und unter extrem schlechten Haftbedingungen in einer Gemeindezelle festgehalten worden. Im Dezember 2006 sei sie in ein Gefängnis verlegt worden.

„Wir sind sehr froh, dass dieser tragische Fall abgeschlossen ist und hoffen, dass die Journalistin nun mit ihrer Tochter, die heute ein Teenager ist, ein normales Leben führen kann“, erklärte Reporter ohne Grenzen. Die Menschenrechtsorganisation hatte in den vergangenen Jahren immer wieder auf Mukakibibis Schicksal aufmerksam gemacht. *rid*

■ PERSONALIE

Wien (epd). **David Dadge** (41) ist zum neuen Direktor des **International Press Institute** (IPI) in Wien ernannt worden. Er folgt auf Johann P. Fritz, der Ende 2007 in Pension gehen wird. Dadge arbeitet seit April 2000 als Herausgeber des „World Press Freedom Review“ und als Pressefreiheits-Beauftragter für Afrika des IPI. Zuvor war er am Zentrum für Internationale Rechtsstudien in Salzburg tätig. Nach Angaben des Instituts gab es 45 Bewerber für die Direktorenstelle.

Nachrichtenagenturen gründen Netzwerk „Minds International“

Gemeinsame Forschung und Entwicklung – Sitz in Frankfurt am Main

Hamburg (epd). **Elf Nachrichtenagenturen aus Europa und Nordamerika haben sich zum Netzwerk „Minds International“ zusammengeschlossen. Das Netzwerk verstehe sich als Forschungs- und Entwicklungseinheit für Innovationen in der digitalen Informationsvermittlung, hieß es. Zudem werde der Technologie-Transfer zwischen den beteiligten Agenturen gefördert. Sitz des Netzwerkes ist Frankfurt am Main.**

Zu den Gründungsmitgliedern von „Minds International“ zählen die Agenturen ANP (Niederlande), AP (USA), APA (Österreich), APcom (Italien), Belga (Belgien), CTK (Tschechien), dpa (Deutschland), Lusa (Portugal), NTB (Norwegen), STT (Finnland) sowie mit einer gemeinsamen Tochter (Minds-CH) SDA und Keystone (Schweiz). „Minds International“ mache das spezifische Wissen der beteiligten Agenturen über die digitalen Nachrichtenmärkte auf internationaler Basis zugänglich, hieß es weiter.

Den Vorstand des Netzwerkes leitet Malte von Trotha (dpa), operativer Geschäftsführer ist der Österreicher Wolfgang Nedomansky. „Minds International“ werde sich vornehmlich mit „innovativen Lösungsansätzen bei mobilen und internetbasierten Nachrichtendiensten“ auseinandersetzen, hieß es weiter. Für Medienunternehmen liege enormes Potenzial im Bereich des sogenannten „Digital Publishing“. Gerade für die aus dem traditionellen Mediengeschäft stammenden Verleger mache es Sinn, in solche innovativen Geschäftsfelder zu investieren. Indem sie ihre Kräfte bündelten, böten die Agenturen den Medienunternehmen nicht nur Fachwissen, sondern auch neue Dienste und Geschäftsmodelle in diesem sich weiterentwickelnden Markt an.

Die Wurzeln von „Minds International“ lägen in einem 2004 und 2005 von der EU geförderten Projekt zu mobilen Nachrichtendiensten. Das Netzwerk werde den Technologietransfer zwischen den Partnern vorantreiben und ihnen helfen, neue Geschäftsmodelle in ihren jeweiligen Märkten erfolgreich umzusetzen. Bedeutung habe auch die Ausweitung des Netzwerkes, im Fokus liege die Suche nach Partnern aus den in der Entwicklung digitaler Lösungen führenden asiatischen Ländern. *hen*

■ KRITIK *Fernsehen***Moralische Klippschule**

„Solo für Schwarz“: „Tödliche Blicke“, Regie: Martin Eigler, Buch: Martin Eigler, Sven Poser, Kamera: Christoph Chasse, Produktion: Network Movie (ZDF, 12.11.07, 20.15–21.45 Uhr)

epd 2003 startete das ZDF die Krimireihe um die LKA-Ermittlerin Hannah Schwarz mit dem beim Publikum erfolgreichen Film „Tod im Park“. Es folgten „Tod im See“ (2005), „Der Tod kommt zurück“ (2006) und nun der vierte Film: „Tödliche Blicke“, der wie die anderen in die DDR-Vergangenheit zurückführt. Denn „Solo für Schwarz“ soll deutsch-deutsche Geschichte und Gegenwart thematisieren und rückt den Osten ins Blickfeld.

Hannah Schwarz (Barbara Rudnik) ist eine Wanderin zwischen den Welten: in Schwerin geboren, als Kind mit der Mutter vor dem Mauerbau in den Westen gegangen, dort aufgewachsen, verschlägt es sie nach der Wende in die ehemalige Heimatstadt zurück, um ihren Vater zu beerdigen. Der war damals in der DDR geblieben, und im Zuge eines aktuellen Mordfalls sieht sich die Polizeipsychologin auch mit der Geschichte ihres Vaters konfrontiert: Stasi-Geschichten, Verrat, Erpressung. Die Ermittlerin stochert immer wieder im Altlasten-Sumpf: ein Hort des Verbrechens.

Wer im neuen Film die verschlungenen Wege in die Abgründe des untergegangenen Staates verfolgen will, braucht einige Geduld, vor allem aber eine höllische Konzentration und ein gutes Gedächtnis. Dieser Film duldet keine Gänge zum Kühlschranks oder auch nur kurze geistige Abwesenheit – dann blickt man nämlich schon nicht mehr durch. Wie immer in den Schwarz-Filmen haben sich Martin Eigler und Sven Poser viel vorgenommen.

Alles beginnt mit dem Fund einer Digitalkamera, die Bilder darauf zeigen eine ältere, gefesselte, misshandelte Frau. Aber es gibt weder eine Leiche noch eine Vermisstenmeldung. Die Schweriner Ermittler ziehen ihre LKA-Kollegin Schwarz hinzu. In einem Internetforum tauchen Fotos von verblüffender Ähnlichkeit auf – eine andere ältere Frau, gefesselt, offenbar tot. Die Spur führt zunächst zu einem obskuren Hamburger Künstler, der zwar halbseidenes Klischee pur ist, aber lediglich Polizeifotos aufkauft und sie als Kunst im Netz deponiert, weshalb die Spur nun wieder zurück in den Osten führt, aufs Wismarer Polizeirevier, woher die Fotos stammen. Dort wurde offenbar erbärmlich ermittelt.

So vergeht etwa die Hälfte des Films über den Ermittlungen zur Identität der Opfer, mit unendlich vielen verwirrenden Details, verworrenen Nebensträngen, Personen und falschen Fährten. Es grenzt an Unmöglichkeit, dabei nicht den Überblick zu verlieren.

Irgendwann stellt sich heraus, dass eine der beiden Frauen die Leiterin eines berüchtigten Kinderheimes in der DDR war, wo sogenannte „schwer erziehbare“ Kinder aus „asozialen“ Familien sadistisch gequält und erniedrigt wurden. Solche Heime gab es durchaus (und nicht nur in der DDR, ehemalige Zöglinge mancher katholischer Heime werden sich erinnern fühlen).

Ärgerlich aber ist, wie wenig Eigler/Poser dem Zuschauer vertrauen, wie plakativ und redundant alles präsentiert werden muss: da reichen nicht nur Rückblenden, da muss auch noch ein ehemaliger Erzieher auftreten, der ausgerechnet nun als Kurator einer „Ständigen Ausstellung“ in dem Heim angestellt ist und völlig offen immer noch im übelsten Jargon von „renitenten Kindern, die sich weigerten, sich positiv ins Kollektiv einzufügen“ spricht. Worauf Schwarz' Kollege Konrad Fuchs (Harald Schrott), früher selbst einmal Heimkind, sich prompt auf eine Moraldebatte einlässt. – Was soll das? Ist der Zuschauer sonst zu dämlich, um zu kapiieren, dass hier wehrlosen Kindern Entsetzliches angetan wurde? Der Rest ist naheliegend: ein ehemaliger Zögling (die erst im letzten Viertel des Films eine Rolle spielen) hat die damaligen Verletzungen nie verwunden und sich auf einen Rachezug begeben.

Ärgerlich ist die verdrechselte, heillos überfrachtete Story und die moralische Klippschule aber vor allem, weil beides das große Kapital des Films erdrückt: das sind interessante, vielschichtige Figuren und großartige Darsteller bis in die Nebenrollen: wie Ulrike Krumbiegel, Karl Kranzkowski, Heinrich Schmieder. Anstatt die ersten 45 Minuten krampfhaft damit zubringen zu müssen, alle Handlungsfäden zu erfassen, würde man sich viel lieber auch mal auf die Personen, ihre Beziehungen und (auch wortlosen) Zwiegespräche konzentrieren. Das leise, spröde Knistern zwischen Hannah Schwarz und ihrem Kollegen Konrad zu beobachten oder eine Dialogszene zwischen Ulrike Krumbiegel und Barbara Rudnik, ist nämlich allemal spannender, als wie ein Pfadfinder Schnitzeljagd zu spielen.

Ulrike Steglich

Tanzdiele „Flamingo“

„Unsere 60er Jahre – Wie wir wurden, was wir sind“, sechsteilige Dokumentarserie, Regie und Buch: Michael Wulfes, Kamera: Volker Tittel, Axel Schnepapat, Produktion: zero one film GmbH (ARD/BR/HR/MDR/NDR/Phoenix/RBB/SR/SWR/WDR, seit 12.11.07, montags, 21.00–21.45 Uhr)

epd „... und eines Tages hab ich gehört, wie meine Mutter zu einer Nachbarin sagte: 'Dieses Kind hat Fantasie'. Es war ein schlimmes Problem für meine Mutter. Und ich dachte lange Zeit, das sei eine ernsthafte Krankheit.' Die Frau, die diese Episode aus ihrer Zeit als kleines Mädchen schildert, ist eine der etwa zwanzig Protagonisten, die sich an ihre Kindheit oder Jugend in „unseren 60er Jahren“ erinnern. Und während sie erzählt, sieht man in alten, schwarz-weißen Filmaufnahmen kleine Mädchen auf der Straße, die in verschlissenen Gardinen, mit Papierkrönchen auf dem Kopf, „Prinzessin“ spielen.

Es ist dasselbe Konzept, das sich schon in der Vorläuferserie „Unsere 50er Jahre“ (epd 97/05) so glänzend bewährt hat: Persönliche Erinnerungen, von nicht prominenten Menschen aus Westdeutschland und der DDR erzählt, verwoben mit einer Fülle von Filmmaterial aus den Archiven, Musikeinspielungen aus der Zeit, und auf der Kommentarebene getragen vom warmen, feinfühligem Timbre der Stimme Axel Milbergs, der den vorbildlich unpräzise formulierten Text von Volker Heise und Michael Wulfes spricht.

Mit großer Sorgfalt ist auch hier wieder gecastet worden: Jeder der Protagonisten – einige sind schon aus der 50er Jahre-Serie bekannt – repräsentiert eine für die 60er Jahre typische Entwicklung, und bleibt doch in seiner Individualität ganz unverwechselbar. Dies ist kein „History“-Fernsehen à la Guido Knopp, der Zeitzeugen als bloße Stichwortgeber in seinen Inszenierungen von Geschichte vor die Kamera setzt. Es ist genau der umgekehrte Weg: Für beide Dokumentationen wurden Menschen ausgesucht, die fähig sind, sich und ihre Gefühle auszudrücken. Und das liebevoll zusammengestellte Ton-, Film- und private Fotomaterial evoziert die Atmosphäre jener Zeit, in der den Erzählenden Leid zugefügt wurde, oder ihnen die Kraft gewachsen ist, ihr Leben glücklich zu gestalten.

Von Umweltschutz war in den Sechzigern noch nicht die Rede. Man weiß das zwar, erschrickt aber doch beim Anblick der schwarzen Wolken, die aus den Fabrikschlotten im Ruhrgebiet dringen. „Die Lungenkrebsrate ist in den vergangenen zehn Jahren um 100 Prozent gestiegen. Die Industrie lehnt Filter ab: zu hohe Kosten“, lautet der knappe Kommentar. Aber der Stahlarbeiter Friedhelm, damals 26 Jahre alt, ist von Verbitterung weit entfernt. Im Gegenteil: ein Inbegriff

des stolzen „Proletariers“, erzählt er von der Produktion („die musste laufen, auch an Heiligabend, da hat keiner gemault“), von der „Eckkneipe und der Selterbude“ und der „Nähe zu den Kollegen aus der Schicht, die wichtiger war als Umweltschutz“.

Die kleine Hilde – das Mädchen mit der „Krankheit“ Fantasie – war als Kind gar der Meinung: „Die Zeche ist da, um die Wolken zu machen.“ Und der Kommentar schlägt eine feine ironische Volte, indem er das Lebensgefährliche der Umweltbedingungen benennt und gleichzeitig andeutet, wie auch daraus Wohlstand erwachsen ist: „Die Männer spülen den Staub hinunter, die Frauen wischen ihn von den Möbeln. Und Staub belebt das Geschäft, das Tapetengeschäft der Eltern von Hilde. Denn wo viel Staub ist, müssen die Tapeten oft erneuert werden.“

Solche Texte, die nicht von oben herab über die Menschen und ihre Lebensverhältnisse urteilen, sondern sich zurückhaltend integrieren in das Sprechen über subjektiv Erlebtes, zeugen von großer Sensibilität den Protagonisten gegenüber und tragen ihr Teil dazu bei, zwischen geschichtlicher Epoche und persönlichen Erinnerungen zu vermitteln. Und wenn eine Frau – wie die Bauerntochter Gisela aus Thüringen – von Tränen überwältigt wird bei der Erinnerung an die gewalttätige Enteignung und Vertreibung ihrer Familie, ist diese Gemütsbewegung weit davon entfernt, peinliche Gefühle zu erregen. Denn hier wird nicht nach der sensationslüsternen Devise verfahren: Kamera so lange draufhalten, bis die Tränen fließen.

Ohnehin zeigen diese Geschichten aus der Mitte der Gesellschaft in den Sechzigern, wie zupackend und lebensbejahend die Menschen geworden sind, die erwachsen wurden in jener Zeit der sexuellen Pruderie, der räumlichen Beengtheit, von Contergan und Erziehungsheim, der LPG-Gründungen in der DDR und Vollbeschäftigung im Westen, von Grubenunglück in Völklingen und Mauerbau, von tollkühner Flucht und dem Beginn des Zuzugs von Gastarbeitern. Wie sie sich durchgebissen haben, die Möglichkeiten genutzt, die sich für Jugendliche boten: „Junge Herren unter 20, junge Damen unter 18 unerwünscht!“, hieß es am Eingang von Tanzbars, die damals „Tanzdiele“ hießen und Namen wie „Flamingo“ trugen.

Für den Italiener Dino, der mit 17 Jahren aus den Abruzzen nach Deutschland kam, um zwölf Stunden täglich auf dem Bau zu schufteten, wäre aber nicht einmal das Tanzvergnügen im privaten Partykeller eine Möglichkeit gewesen. An seinem Schicksal wird – auch filmisch – in Erinnerung gerufen, wie menschenunwürdig italienische Gastarbeiter in Deutschland behandelt worden sind: isoliert in eingezäunten Barackenlagern, die an Strafkolonien denken lassen, und

vor der Reise in das fremde Land wie Vieh auf Brauchbarkeit untersucht.

Ob man die sechziger Jahre selbst erlebt hat und manches wieder sieht, was längst vergessen war, oder ob man zur Enkelgeneration der Sechziger gehört, denen aus einer Zeit berichtet wird, die ihnen wie Mittelalter erscheinen muss: lebendiger, als es diese Dokumentation vermag, lässt sich Geschichte nicht rekonstruieren. Ein Highlight in der ARD - und dann so lieblos auf den unattraktiven Sendeplatz am Montag verbannt, von dem die Zuschauer seit „Ein Fall für Nadja“ in Scharen fliehen: direkt im Anschluss an die nicht weniger verkorkste Serie „Elvis und der Kommissar“.

Sybille Simon-Zülch

Guter deutscher Bürger

„Der Jude mit dem Hakenkreuz“, Regie und Buch: Mathias Haentjes, Kamera: Karl Heinz Moll, (WDR 12.11.07, 23.15-0.00 Uhr)

epd Er gehörte zu den jüdischen Fliegerhelden des Ersten Weltkriegs und zum selben Geschwader wie Hermann Göring, er hat hohe Orden empfangen: Fritz Beckhardt, ein Draufgänger und Patriot, ein Jude, der im schreckenvollen 20. Jahrhundert lebte und deshalb das nicht sein durfte, was er im Grunde seines Herzens war: ein guter deutscher Bürger. Fritz Beckhardt überlebte die Verfolgung und den Zweiten Weltkrieg, und er kehrte sogar nach Kriegsende aus dem Londoner Exil nach Deutschland zurück. Glück im tiefsten Unglück und ein außerordentliches Beharrungsvermögen haben dies möglich gemacht. Aber es war ein Preis zu zahlen. Der Autor des Films, Mathias Haentjes, nennt ihn „Sprachlosigkeit“.

Fritz Beckhardt heiratete eine Jüdin namens Emma Neumann, betrieb mit ihr in Sonnenberg nahe Wiesbaden einen Gemischtwarenladen und hatte zwei Kinder: Hilde und Kurt. Aus der Perspektive Kurts wird der Film über weite Strecken erzählt. So wie der gereifte Kurt Beckhardt die Dinge schildert, ohne Resentiment und fast kindlich-erfreut, auspacken zu dürfen, hatte er eine harmonische Kindheit, war die Mutter lieb und der Vater freundlich und die Freistunde, die ihm zufiel, während seine Mitschüler zum Religionsunterricht mussten, ein Extraspaß. Dass der Vater mit dem Dienstmädchen Lina ein Liebesverhältnis unterhielt, hat der Junge wahrscheinlich nicht gemerkt. Aber dann wurde Fritz Beckhardt wegen „Rassenschande“ verurteilt und musste ins Gefängnis. Zuvor schon gab es den Boykott jüdischer Geschäfte, und es brannten die Synagogen. Da war für den kleinen Kurt die beschauliche Kindheit vorbei.

Er gehört zu einer Gruppe jüdischer Kinder, die nach England ausreisen können, auch die Schwester Hilde ist dabei. Sie wird auf der Insel bleiben, während Kurt später zurückkehrt. Es klingt wie ein großes Glück im Unglück und es war ja eines, dass auch die Eltern entkommen: über Lissabon gelangen sie nach London, nach Golder's Green - die Familie ist wieder vereint.

Am Tag der Kapitulation des deutschen Reiches tanzt man in London auf den Straßen. Die Familie Beckhardt - ohne Hilde - packt ihre Koffer. Zurück in Deutschland erstreitet sie die Rückgabe ihres Geschäfts. 1955 wird sie einen der ersten Selbstbedienungsläden des Landes daraus machen. Aber zuvor spüren die Beckhardts: Sie sind, als lebendige Erinnerung an die schwere deutsche Schuld, nicht wirklich willkommen. Sie kämpfen lange und vergeblich um eine Entschädigung.

Fritz Beckhardt hat mit Lina einen Sohn gezeugt, Werner, der eines Tages vor dem Vater steht. Doch der weist ihn zurück. Der Verfolgte, der so viel verloren und einiges wiedererlangt hat, will wohl an „Rassenschande“ und Gefängnis nicht erinnert werden. Nun kann er nicht menschlich, nicht freundlich sein. Sprachlosigkeit, gerade gegenüber den eigenen Kindern, ist der Preis für ein erneutes Dasein als guter deutscher Bürger.

Mathias Haentjes hat seine dokumentarische Filmerzählung sozusagen mit leiser Stimme vorgetragen. Er hat altes Material, Filmsequenzen aus dem Ersten Weltkrieg, aus Sonnenberg, England, Fotos aus sämtlichen Jahrzehnten, zusammen mit den sehr persönlichen Kommentaren seines Gewährsmannes Kurt Beckhardt gekonnt verwoben. Als Zuschauer gerät man angesichts dieser außerordentlichen Familiengeschichte in große Verwunderung und begreift schließlich: so außerordentlich war das am Ende gar nicht. Denn das gab es eben auch: Juden, die „ihr“ Deutschland nicht aufgaben, obwohl es sie auslöschen wollte, die sogar zurückkehrten, obwohl sie weder freundlich empfangen noch entschädigt wurden.

Die Hartnäckigkeit mancher Menschen ist schon unglaublich: Einmal auf eine bestimmte Spur gesetzt, fahren sie, sofern das Schicksal hilft, fort und fort und schauen nicht zur Seite und nicht zurück. Und wenn Sprachlosigkeit hinzukommt und es ihnen schwer macht zu verstehen, was passiert ist, gibt es statt einer Auseinandersetzung mit der Vergangenheit nur ihre stumme Fortsetzung. Das gilt nicht nur für die Täter, sondern eben auch für manche Opfer.

Hakenkreuze übrigens schmückten die Tragflächen mancher Kampfflugzeuge im Ersten Weltkrieg als Symbole der Stärke. So eine Maschine flog auch Fritz Beckhardt.

Barbara Sichtermann

■ KRITIK *Radio***Verschollene Region**

„Was vom Shtetl geblieben ist. Eine Reise ins andere Polen“, Regie: Christine Nagel, Buch: Erica Fischer, Katarzyna Weintraub, (Deutschlandfunk, 6.11.07, 19.15–20.00 Uhr)

epd Zwischen der Idyllisierung eines bilderreichen „Damals“ und einem akribischen Aufzählen der Fakten klafft dort, wo es um Geschichte und Schicksal der Juden Osteuropas geht, allzu oft eine Lücke. Mehr noch stehen aber ihrer Erkundung Denkmuster im Weg, die gerne gepflegt werden: Man weiß von den Exzessen der Nazis, auch vom polnischen Antisemitismus in Vergangenheit und Gegenwart hat man gehört, da fällt es leicht, Urteile zu fällen und Betroffenheit auszuleben. Ein reines Gewissen geht da oft Hand in Hand mit Desinteresse am Hinschauen, Zuhören und Erleben.

In ihrem Radiofeature „Was vom Shtetl geblieben ist“ zeigen Erica Fischer und Katarzyna Weintraub, dass es auch anders geht. Neugier, die vom Wissen um Vergangenes unterlegt ist, aber vorschnelle Urteile meidet, prägt ihren Bericht von einer Reise in das „andere“ Polen. Gemeinsam haben sie das Städtchen Chmielnik besucht, das, ohne auch nur einen Juden unter seinen 4.000 Bewohnern zu haben, das Wunder vollbrachte, alljährlich und aus eigenen Kräften ein jüdisches Kulturfestival auf die Beine zu stellen. Begonnen hat das, wie solche Unternehmungen eben beginnen: ein Stadtjubiläum wird zum Anlass genommen, „an jene zu erinnern, die diese Stadt mitaufgebaut haben“. Lehrer bringen ihre Schüler dazu, Quellen und Zeitzeugen zu befragen, man studiert Tänze und Lieder ein, eignet sich eine Kultur an, ohne ihr anzugehören. Die Erzählerin schließlich fragt: „Was veranlasst die Bewohner dieses Städtchens, sich in eine Welt zu begeben, die ja doch verschwunden ist?“

Der Wunsch, Aufmerksamkeit zu erregen und vielleicht Touristen anzulocken, mag da eine Rolle gespielt haben. Mehr jedoch zählen die persönlichen Motive der Initiatorinnen und Mitwirkenden. Sie sind auf die Vergangenheit eines „Shtetls“ gerichtet, dessen Bewohner zu achtzig Prozent Juden waren. Darauf, dass sie nicht einfach verschwanden, sondern verschleppt und getötet wurden. Und darauf, dass es – „sie waren Nachbarn“ – sich einfach so gehöre, an sie zu erinnern. Natürlich ist auch der verdruckte Chor der Unbelehrbaren („Bitte sehr, sollen sie nur zurückkommen!“) in Gestalt einiger Rentnerinnen am Rande zu hören.

Der Stadtpfarrer zelebriert mit aus Israel angereisten Juden eine gemeinsame Messe. Und vielleicht erst

hier, vor dem Mikrofon, erinnern sich einige der Polen daran, was da einst vor ihren Augen oder denen ihrer Vorfahren geschah. Auch vor Unbequemem scheut man sich nicht. So, wenn vom „Fluch“ die Rede ist und der „Angst vor der Geschichte“, die jahrzehntelang nach Kriegsende über der Stadt lagen. Einer macht sich Gedanken über „den Juden“ und dessen so „unpolnische“ Tugenden: „Am Morgen steht er auf und arbeitet, während unsere nur überlegen, wo man was klauen kann, damit man was hat. Und am Ende hat man gar nichts.“

Dies alles ist voller Sorgfalt eingesammelt und bringt uns selber zu Einsichten. „Bis heute tun sich Polen und Juden schwer mit der Aufarbeitung ihrer Vergangenheit“, lässt uns Autorin Erica Fischer fast nebenbei wissen. Von einem der ehemaligen Shtetl-Bewohner („Das waren getrennte Welten, die jüdische und die polnische“) erfahren wir, dass das einstige Zusammenleben längst nicht so harmonisch war, wie es manche schöne Vorstellung weismachen will. Wenn dann noch der Altbürgermeister von Chmielnik an die Mitwirkung von Polen bei der Ausplünderung der Juden erinnert, die heute in Israel lebende einstige Chmielnikerin Miriam Akavia darüber klagt, dass israelische Reisegruppen, anstatt mehr über das heutige Polen zu erfahren, „immer nur nach Auschwitz, Treblinka, Majdanek, Sobibor, Belzec, Chelmo“ reisten, dann wird einem klar, dass der Weg zur Annäherung von beiden Seiten her begangen werden muss.

Ob in Chmielnik alles aus dem Herzen oder manches nur von der Zunge kommt, wer möchte das entscheiden. Immerhin: man ist dabei, „diesen Rassenhass in unserer polnischen Gesellschaft auszumerzen“, und stolz darauf, eine „richtige Bürgergesellschaft“ im Entstehen zu sehen, auch darauf, dass hier „die Populisten“ bei den letzten Wahlen nicht gewonnen haben. So ist die Sendung keine romantische Rückschau, sondern der Bericht von der Reise in ein polnisches Heute, die wohl zunächst mit widersprüchlichen Gefühlen gestartet wurde, dann aber voller Zuversicht, ja „mit einem Gefühl von Wehmut“ endet und der Freude auf ein Wiedersehen: der „Zauber“, der von diesem unscheinbaren Ort in einer „verschollenen Region“ ausgehe, habe sie, so bekennt die Erzählerin, erfasst, auch wenn er letztlich nicht zu erklären sei.

Auch das kann ein gutes Radiofeature ausmachen: Die alten Tugenden des Beobachtens, Zuhörens, Sortierens und Schlussfolgerns. Einmal wenigstens passen hier die unterlegten Klezmer-Klänge, die sonst so gerne gedankenlos für „jüdische“ Themen eingesetzt werden. Und einmal erfahren wir von einer Wirklichkeit, die von der unseren nicht so weit entfernt ist, wie es oft scheint.

Christian Deutschmann

■ NOTIERT

■ „Manchmal sterben Helden unwürdig. Aber einer muss ja mal anfangen, es zu sagen: ‚Schmidt & Pocher‘ ist missglückt und gehört bitte ganz schnell eingestellt. Die Show läuft jetzt seit vier Folgen. Sie tut einem weh – auch für die beiden Akteure, die das nicht verdient haben.“ – *Thomas Tuma im „Spiegel“.*

■ „Doof ist Schmidt wirklich nicht. Aber am Donnerstag vergangener Woche fiel ihm als Antwort auch nichts Besseres ein, als sein ‚Nazometer‘ ‚Laterne, Laterne‘-singend ins Studio zu tragen. Zugleich ein Eingeständnis, dass ihm Menschen, die Peter Boudgoust heißen, neuerdings echt gefährlich werden könnten? Pocher stand derart dämlich glucksend daneben, dass man im Nachhinein leider sagen muss: Das Interessanteste an dem Jungen war bislang das Geschwurbel, mit dem manche Feuilletons ihn vorab zu (v)erklären versuchten.“ – *Thomas Tuma im „Spiegel“.*

■ „Klar, das neue Konzept ist noch wackelig. Das muss sich noch einspielen. Die Aufgeregtheit, mit der alle sagen, das ist Scheiße, verstehe ich aber nicht. Das war doch immer so: Harald Schmidt war jahrelang Scheiße, und dann war er jahrelang Gott. Und dann kriegt Gott wieder einen Arschtritt. So funktioniert das Spiel.“ – *Kurt Krömer in der „Netzeitung“.*

■ „In der ersten ‚Schmidt & Pocher‘-Sendung stellten die beiden Komiker einen sogenannten Nazometer auf den Tisch und gaben vor, mit diesem Gerät bestimmte Formulierungen auf politisch-moralische Verfänglichkeit zu testen. Der Apparat schlug bei ‚Gasherd‘ aus, aber auch bei ‚Autobahn‘ und war ein Witz, aber für die Chefideologen der ARD nicht zu kapieren. Nachdem er zwei lange Wochen darüber nachgedacht hatte, hatte

es der SWR-Intendant Peter Boudgoust zwar immer noch nicht verstanden, aber für alle Fälle empörte er sich.“ – *Willi Winkler in der „Süddeutschen Zeitung“.*

■ „Es gibt eine Medienindustrie, die ihr Geschäft mit Hitler-Bildern und Eva-Braun-Geschichten macht, und es gibt eine Medienindustrie, die sich von der Aufregung darüber ernährt – und neuerdings gibt es auch Medien, die beides zugleich und in einem Aufwasch erledigen. So hat ‚Vanity Fair‘ dem ehemaligen RAF-Anwalt und heutigen Neo-Nazi Horst Mahler die Plattform eines Interviews spendiert – und sich im gleichen Heft pflichtgemäß darüber empört. Aber worüber eigentlich? Darüber, dass Mahler genau das gesagt hat, wozu man ihn eingeladen hat?“ – *Jens Jessen in der „Zeit“.*

■ „Zum Saisonende hört Huub Stevens beim HSV auf – und wird Nachfolger von Stefan Aust als Chefredakteur beim Spiegel! Der gefeierte Strategie soll den Magazin-Dino vor der Zweitklassigkeit bewahren und zurück an die Spitze führen. Aus Rücksicht gegenüber der Krankheit von Stevens' Frau Toos wird die Redaktion nach Eindhoven ziehen. In einer Pressekonferenz deutete Stevens an, welche Maßnahmen er ergreifen wird: ‚Die Ausdauerwerte sind katastrophal. Da müssen wir ansetzen. Denn können Sie sich an ein Heft oder auch nur einen Artikel auf konstant hohem Niveau aus jüngster Zeit erinnern? Da wird mir viel zu viel in der Mitte rumgeeiert, da müssen wir wieder stärker über die Außen kommen.“ – *„Titanic“.*

■ „Dass der Spiegel in der Vor-Aust-Ära, wie es manches getrübt Gedächtnis möchte, einmal ein linkes Blatt gewesen wäre, lässt sich auch bei großem Wohlwollen nicht behaupten. Dass er aber einmal für gut recherchierte Geschichten stand, die neben den Gehältern auch das soziale Renom-

mee der Redakteure anwachsen ließen, ist jedoch richtig. Und dass Aust nicht mehr für dieses Renommee stand, auch. Aust setzte inhaltlich auf eine neue Beliebtheit und bediente sich dabei formal paternalistischer Methoden: der herrische Chefredakteur, dessen Interessen von RAF bis Pferdesport reichen und der eine Geschichte über die Vorteile der Windkraft kippt, weil er die hässlichen Masten nicht rund um seinen Pferdehof stehen haben möchte. Dass der Spiegel in der wohl irgendwann beginnenden Nach-Aust-Zeit ein besseres, womöglich gar kritisches Blatt würde, braucht man nicht zu erwarten. Er wird wohl ein moderner, also weniger herrisch und autoritär geführtes Blatt. Gewiss gelänge es einem wie auch immer heißenden Aust-Nachfolger, die eine oder andere große Geschichte zu platzieren, vielleicht sogar eine, über die ganz Deutschland spricht. Aber das wäre kein Garant für hohe Auflagen. Dass nämlich in Deutschland mit gutem Journalismus und kritischer Haltung nicht unbedingt Traumaufgaben gemacht werden, das weiß nicht nur Stefan Aust.“ – *Bruno Engelin im „Freitag“.*

■ „Es ist etwas anderes, wenn ein Bürger die Presse kritisiert, als wenn die Kritik an der Presse von der Regierung kommt. Das ist keine Kritik, sondern eine Drohung.“ – *Der brasilianische Journalist Alberto Dines in der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“.*

■ „Die Mitgliedschaft in der WAZ-Mediengruppe ist ein Qualitätsversprechen: Was in unserer Zeitung steht, stimmt. Von diesem Satz sollte jeder überzeugt sein können. Nur so wird Qualitätsjournalismus gegen Gratisjournalismus oder interessengeleiteten Journalismus bestehen können. Nur so kann die kritische Presse ihre unverzichtbare demokratische Wächterrolle glaubwürdig spielen.“ – *Bodo Hombach in einem Interview mit dem Online-Portal „Der Westen“.*